

Initiative Riebeckstraße 63: Erinnern an Ausgrenzung, Arbeitszwang & Abweichung

Gedenkstättenkonzept

Verfasst durch: Annkathrin Richter und Markus Streb

Stand: Februar 2025

Träger: Riebeckstraße 63 e. V.

Vorstand: Ella Falldorf, Fruzsina Müller, Julia Roos, Hannes Schneider

Kontakt: Riebeckstraße 63, 04317 Leipzig | <https://riebeckstrasse63.de> | 0177 7805973

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Aktives Erinnern als grundlegendes Ziel	5
Forschen	6
Vermitteln	7
Partizipieren	8
3. Genese der Initiative Riebeckstraße 63	9
Vorläufer und zivilgesellschaftliche Verankerung der Initiative	9
Aktivitäten der Initiative	11
4. Forschungsstand	13
1892 bis 1918	13
1919 bis 1933	14
1933 bis 1945	15
1945 bis 1990	19
5. Einordnung in die Gedenkstättenlandschaft	22
Arbeitshäuser	23
Zwangsarbeit	24
Nationalsozialistische Krankenmorde – NS-„Euthanasie“	25
Als „asozial“ Verfolgte	26
Geschlossene Venerologische Stationen	26
Heimeinrichtungen in der DDR	27
Psychatriegeschichte	28
6. Pädagogisches Konzept	29
Zielsetzung	29
Zielgruppe	29
Vermittlungsabsicht	30
Elemente der Vermittlungsarbeit	32
Ergebnisse einer solchen Pädagogik	33
7. Aussagen zu originaler Bausubstanz	35
Spuren der Nutzung als Städtische Arbeitsanstalt und ihrer Nachfolgeeinrichtungen	37
Spuren von An-, Um- und Rückbauten	38
Geplanter Umgang und notwendige Investitionen	39
8. Stand der musealen Sammlung	40
Objekte	40
Interviews	42

Fotografien	42
Dokumente	44
Stand der Erschließung	45
9. Ausstellungskonzept.....	46
Werkstattausstellung.....	46
Einrichtung einer Dauerausstellung.....	47
Wanderausstellungen	48
10. Raumplanung	49
11. Beratungsangebot.....	53
12. Nutzungs- und Betreiberkonzept	55
Trägerschaft und Organisation	55
Betreiberkonzept	55
<i>Anlage: Meilensteine für die Einrichtung eines aktiven Erinnerungsortes</i>	

Dieses Konzept wurde erstellt dank finanzieller Unterstützung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten.



STIFTUNG
SÄCHSISCHE
GEDENKSTÄTTEN

1. Einleitung

Die Riebeckstraße 63 im Leipziger Südosten ist ein bundesweit einzigartiger Ort mit transnationaler Geschichte. Von ihm ausgehend kann die Ambiguität kommunaler, (wohlfahrts)staatlicher Fürsorge und ihre Verschränkung mit Ausgrenzung, Arbeitszwang sowie der Sanktionierung (vermeintlicher) Abweichung über die verschiedenen politischen Systeme der letzten 130 Jahre hinweg in seiner Komplexität erzählt und vermittelt werden.

Ob während des Kaiserreichs, der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus, in der Sowjetischen Besatzungszone, der Deutschen Demokratischen Republik oder der Bundesrepublik Deutschland: Das Areal der 1892 gegründeten „Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg“ und ihrer Folgeeinrichtungen befand sich stets in städtischer bzw. in der DDR-Zeit in staatlicher Trägerschaft und war von Parallel- und Umnutzungen geprägt. Es diente beispielsweise als Arbeitsanstalt, Obdachlosenunterkunft, Gefängnis, Ausgangspunkt von Deportationen, Durchgangslager oder medizinische und psychiatrische Einrichtung. Mehrere 100.000 Menschen durchliefen diese Einrichtungen. Manche von ihnen blieben nur für wenige Tage oder Wochen, andere wurden für Jahre oder Jahrzehnte hier festgehalten. Themen wie Marginalisierung gesellschaftlicher Gruppen, Gesundheit/Krankheit, Arbeit oder geschlechtsspezifische Formen von Repression ziehen sich systemübergreifend durch die vielschichtige Historie der Riebeckstraße 63.

Mit dem Ziel, die historische Bedeutung des Ortes sichtbar zu machen und die Schicksale der Betroffenen zu würdigen sowie um erinnerungskulturelle und gesellschaftliche Potenziale der Geschichte des Ortes zu nutzen, entsteht seit 2019 ein aktiver Erinnerungsort in der Riebeckstraße 63. Ausgehend von einem epochen- bzw. systemübergreifenden Ansatz stellt die Initiative Riebeckstraße 63 historisch informierte Fragen an die Gegenwart und bezieht sie auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen. Um die damit verbundenen Anforderungen und Zielsetzungen realistisch und zukunftsorientiert umsetzen zu können, war die Ausarbeitung eines aussagekräftigen Gedenkstättenkonzepts unabdingbar.

Das vorliegende Konzept entstand im Jahr 2024 im Rahmen eines Projekts des Vereins Riebeckstraße 63 e. V., das von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten gefördert und begleitet wurde. Für Förderung und Unterstützung möchten wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

An der Entstehung des Konzepts beteiligt waren neben Annkathrin Richter und Markus Streb zahlreiche Ehrenamtliche der Initiative Riebeckstraße 63 sowie externe Gesprächspartner:innen, die ihre Expertise für den Aufbau einer Gedenkstätte einbrachten und auch zukünftig einbringen. Vorausgegangen sind der Erarbeitung des Konzepts mehrere Jahre Forschung, Vermittlung, Austausch und Vernetzung, die zumeist ehrenamtlich und/oder im Rahmen kleinerer Projekte erfolgten.

Die diverse Zusammensetzung der Initiative Riebeckstraße 63 und unsere breite zivilgesellschaftliche Verankerung spiegeln sich in dem vorliegenden Konzept wider und werden dessen zukünftige Umsetzung prägen.

2. Aktives Erinnern als grundlegendes Ziel

Mit der herausragenden Bedeutung der Riebeckstraße 63 als Ort der Ausgrenzung sozialer Außenseiter:innen und Gruppen über verschiedene Epochen und politische Systeme hinweg ergeben sich unterschiedliche Ziele für eine zukünftige Gedenkstätte.

Das Hauptanliegen ist dabei ein aktives Erinnern an Ausgrenzung, Arbeitszwang und Abweichung am historischen Ort und das Bewahren der vielfältigen Geschichten von Leid und Unrecht, welches Menschen hier erfahren haben. Unter aktivem Erinnern verstehen wir, keinen starren, ritualisierten Gedenkauftrag zu verfolgen, sondern einen Erinnerungsort zu etablieren, an dem aus der Beschäftigung mit der Geschichte heraus Fragen an die Gegenwart gestellt werden. An die Menschen, die auf dem Gelände untergebracht waren, soll als individuelle und durchaus auch widerständige Subjekte erinnert werden, deren Biografien nicht auf die Zeit in der Riebeckstraße 63 beschränkt sind. Die Mechanismen, die über verschiedene Zeitschichten hinweg zu Ausgrenzung führten und Menschen zu sozialen Außenseiter:innen machten, werden Teil dieser Erinnerung sein. Dies schließt die Betrachtung derjenigen ein, die Unrecht ausübten, sowie die Analyse struktureller Rahmenbedingungen – etwa die Rolle der Verwaltung. Besucher:innen der Riebeckstraße 63 werden durch die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Areals

Verbindungen zu ihrer eigenen Lebenswelt und zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Debatten herstellen können. Um aktives Erinnern zu ermöglichen, verfolgen wir die Ziele Forschen, Vermitteln sowie Partizipation an Geschichte und Auseinandersetzung mit dieser in der Gegenwart. Teilhabe wird darüber hinaus in Bezug auf die Gestaltung und das Betreiben der zukünftigen Gedenkstätte ermöglicht. Die genannten Ziele werden im Folgenden näher beschrieben.

Forschen

Die Geschichte der Riebeckstraße 63 ist vielschichtig und erstreckt sich über verschiedene politische Systeme. Die mikrogeschichtliche Erforschung des Ortes über diesen langen Zeitraum hinweg stellt sowohl eine Herausforderung als auch eine Chance dar. So ist es einerseits möglich, die Entwicklung der Einrichtung vor dem Hintergrund unterschiedlicher politisch-historischer Kontexte zu betrachten und auf diese Weise Kontinuitäten und Brüche exemplarisch herauszuarbeiten. Die so gewonnen Erkenntnisse eröffnen epochenübergreifende Perspektiven, wie sie in der Gedenkstättenlandschaft bisher noch sehr selten sind. Die umfangreiche Geschichte der Riebeckstraße 63 erfordert andererseits eine umfassende Erforschung. Diese befindet sich derzeit noch in den Anfängen und wird in den kommenden Jahren kontinuierlich forciert und erweitert werden. Ziel ist es, ein fundiertes Verständnis des Ortes zu erarbeiten, das u. a. die Grundlage für die Bildungsarbeit vor Ort sein wird.

Auch die Sammlung und das Archiv sollen im Rahmen der Forschungsarbeit vor Ort erweitert werden. In Zusammenarbeit mit der Denkmalschutzbehörde und dem Träger des Geländes der Riebeckstraße 63 werden zukünftig notwendige Maßnahmen zum Erhalt historisch-baulicher Überreste vor Ort erarbeitet. Das Gelände ist nach Jahrzehnten der kontinuierlichen Nutzung und der partiellen Zerstörung zwar vielfach überformt und verändert, allerdings lassen sich verschiedene authentische Überreste identifizieren (siehe Kapitel 6. Aussagen zur originalen Bausubstanz). Die Bewahrung dieser ist ein wichtiges Anliegen der Gedenkstätte. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Erweiterung der Zeitzeug:inneninterviews. Es ist wichtig, die persönlichen Geschichten der Betroffenen zu bewahren. Gerade weil immer mehr von ihnen, die das Gelände in der DDR erlebt haben, bald nicht mehr selbst erzählen können, ist dieses Erinnern so wichtig.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit sollen Kooperationen mit externen Personen und Institutionen weiter vorangetrieben werden. Auf der Grundlage der Expertise unserer Mitarbeitenden werden bereits heute Forschungsarbeiten von Wissenschaftler:innen sowie von Schüler:innen und Student:innen begleitet. Es ist uns wichtig, den aktiven Austausch zwischen Wissenschaft bzw. Forschung, der Öffentlichkeit und Kultur sowie der Politik anzuregen und zu pflegen. Um einen Forschungstransfer zu ermöglichen, wird die Kooperationen mit verschiedenen Forschungseinrichtungen (bspw. an Universitäten) etabliert werden.

Vermitteln

Die Riebeckstraße 63 bietet Besucher:innen die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit der vielschichtigen und komplexen Geschichte des historischen Ortes. Die zukünftige Gedenkstätte verhandelt Themen, die nach wie vor aktuell sind und lebensweltliche Relevanz für viele Interessierte und Besucher:innen haben: Ausgrenzung, Abweichung oder der Umgang mit Krankheit sind Schwerpunkte, die in der Bildungsarbeit verhandelt werden können. Wesentliches Anliegen der pädagogischen Arbeit ist es, Bezüge zur Gegenwart herzustellen und die Bedeutung der historischen Themen für heute deutlich zu machen (siehe Kapitel 8. Pädagogisches Konzept). Im Vordergrund stehen darüber hinaus die Begegnung und der Austausch auf dem historischen Gelände. Nicht zuletzt aufgrund der Geschichte des Areals sind uns dabei barrierearme (räumliche) Zugänge und Angebote (bspw. Braille-Schrift, leichte oder einfache Sprache) wichtig.

In den kommenden Jahren soll ein vielseitiges, multimediales Angebot etabliert werden. Formate im digitalen Raum bieten für viele Menschen einen niedrighschwelligen Zugang zu historischen Informationen. Sie entsprechen dem sich verändernden Nutzungsverhalten von Wissenserwerb verschiedener Zielgruppen.¹ Einzelbesucher:innen und Gruppen können sich so bereits online auf einen Gedenkstättenbesuch vorbereiten. Gleichzeitig können interessierte Menschen über digitale Inhalte wie Podcasts, virtuelle Führungen, Interviews etc. unabhängig von Zeit und Ort erreicht werden.

Zur Bildungsarbeit gehört zudem ein regelmäßiges, öffentlichkeitswirksames Veranstaltungsprogramm, das in den kommenden Jahren weiter ausgebaut wird.

¹ Vgl. Entwicklungskonzeption für die Stiftung Sächsische Gedenkstätten 2025 bis 2034, online: https://www.stsg.de/cms/sites/default/files/u23/2024_05_13_stsg-entwicklungskonzeption.pdf, zuletzt eingesehen: 06.02.2025.

Dieses Programm umfasst sowohl kulturelle als auch wissenschaftlich orientierte Beiträge. Neben Vorträgen werden Wechselausstellungen, Publikationen und entsprechendes Bildungsmaterial angeboten. Durch eine vielfältige Themenauswahl und wechselnde Formate soll u. a. auf aktuelle Fragen, die sich mit der Geschichte der Riebeckstraße 63 verknüpfen lassen, Bezug genommen werden. Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft werden auf diese Weise einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Vermittlungsformate werden auf Grundlage des sich stetig verändernden Forschungsstandes weiterentwickelt.

Partizipieren

Ein aktives Erinnern ermöglicht, dass sich Interessierte in die Arbeit der Initiative einbringen können. Die zukünftige Gedenkstätte wird zudem als Anlaufstelle für Betroffene und deren Angehörige fungieren. Sie unterstützt eine gezielte Recherche und den Zugang zu archivalischem Material, um ein vertieftes Verständnis von Biografien von Familienmitgliedern oder der eigenen Vergangenheit zu ermöglichen. Darüber hinaus soll die Gedenkstätte ehemaligen Betroffenen – unter anderem der Geschlossenen Venerologischen Station – für ein psychosoziales Angebot zur Verfügung stehen (siehe Kapitel 11. Beratungsangebot).

Die Abgeschlossenheit des historischen Areals stellt eine Herausforderung für die zukünftige Arbeit der Gedenkstätte als barrierearmer Ort der Begegnung und der Partizipation dar (siehe Kapitel 9. Raumplanung). Den (historischen) Ort der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und ein aktives Erinnern und Lernen zu ermöglichen, ist ein Hauptziel der Gedenkstätte. Zugleich soll die Gedenkstätte in den Stadtteil, die Stadt und darüber hinaus wirken. So kann ein Ort der Begegnung und des Austauschs entstehen, an dem Menschen sowohl über die Geschichte der Riebeckstraße 63 als auch über daran anknüpfende aktuelle Themen ins Gespräch kommen. Ziel ist es außerdem, Einzelpersonen und Gruppen zur Realisierung eigener Projekte und Angebote zu ermutigen.

Neben den klassischen, wissenschaftlich orientierten Bildungsformaten wird die Initiative Riebeckstraße 63 auch einen kreativen Zugang zur Geschichte des Areals fördern. Künstler:innen sollen u. a. durch Kooperationen mit lokalen Einrichtungen, wie der Hochschule für Grafik und Buchkunst, eingeladen werden, sich mit der Geschichte des Ortes auseinanderzusetzen. Darüber hinaus wird in der Gedenkstätte ein innovatives kulturpädagogisches Angebot entwickelt, das den

Besucher:innen einen individuellen und selbstbestimmten Zugang zur Geschichte ermöglicht. Durch verschiedene künstlerische Formate können so Menschen angesprochen werden, die mit herkömmlichen Bildungsangeboten nicht erreicht werden.

3. Genese der Initiative Riebeckstraße 63

Der Verein Riebeckstraße 63 e. V. existiert seit September 2021. Er ging aus der Initiative Riebeckstraße 63 hervor, die sich 2019 gegründet hatte. Der Verein stützt sich auf ein breites und heterogenes Fundament zivilgesellschaftlichen Engagements und auf Unterstützung aus Politik und Stadtverwaltung. In wechselnder Intensität engagieren sich ca. 45 Einzelpersonen, zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Akteur:innen. Bei den monatlichen Treffen sind zwischen zehn und 20 Personen anwesend.

Vorläufer und zivilgesellschaftliche Verankerung der Initiative

Die Ursprünge der Initiative reichen zurück in die frühen 1990er Jahre. 1991 gründete sich eine Arbeitsgruppe mit dem Namen „Konzeption Fördereinrichtung Riebeckstraße“. Ihr Hauptanliegen war es, bessere Bedingungen für die auf den psychiatrischen Stationen in der Riebeckstraße 63 lebenden Menschen zu schaffen. Ein Ergebnis ihrer Aktivitäten war die Renovierung des heutigen Haus 4, dem ehemaligen Verwaltungsgebäude, um neue und menschenwürdige Unterbringungen in Wohngruppen zu ermöglichen. In der Anfangszeit standen sozialarbeiterische, psychiatrische Aktivitäten klar im Fokus, die erinnerungskulturelle Praxis spielte noch keine Rolle.

1993 gründete sich die „Projektgruppe Riebeckstraße“, die sowohl aus Bürger:innen als auch aus Mitarbeiter:innen der Riebeckstraße bestand. Ziel war es, gemeinsam mit den Bewohner:innen der Langzeitpsychiatrie die starren institutionellen Strukturen aufzubrechen, die dort lebenden Menschen möglichst in eigenen Wohnungen oder Wohngemeinschaften unterzubringen und ihre stationäre

Versorgung in eine ambulante umzuwandeln. Aktivist:innen der Projektgruppe entfernten die Gitter an den Fenstern und versuchten, Entscheidungen über die Patient:innen zu demokratisieren. Die Betreuung wurde zunehmend an den Bedürfnissen der Bewohner:innen orientiert und die Mitarbeiter:innen durch regelmäßige Weiterbildungen angeregt, ihre eigene Rolle innerhalb der Psychiatrie zu reflektieren. Noch im selben Jahr gelang die Entwicklung hin zu einem offenen Stationskonzept. In den ab 1994 neu geschaffenen kleineren sozialpsychiatrischen Heimen, Wohngruppen und Gemeindezentren fanden auch Bewohner:innen der Riebeckstraße 63 Platz.²

In dieser Phase der sogenannten Enthospitalisierung begann auch eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Areals und Forderungen nach einem Erinnern vor Ort. Neben ersten Nachforschungen im Stadtarchiv wurden vereinzelt historische Rundgänge auf dem Gelände angeboten. Im Rahmen eines Sommerfestes 1994 hielt ein ehemaliger NS-Zwangsarbeiter, der im Zweiten Weltkrieg im „Ausländergefängnis“ in der Riebeckstraße 63 interniert gewesen war, einen Vortrag. Zudem wurde 1993 der Newsletter Riebeck-News ins Leben gerufen: Hier berichteten Aktive über den Stand des Enthospitalisierungsprojektes, und Bewohner:innen kamen zu Wort.

1999 übernahm der Städtische Eigenbetrieb Behindertenhilfe die Trägerschaft des Geländes, die er bis heute innehat. In den frühen 2000er Jahren ließen die Aktivitäten der Enthospitalisierungsgruppe nach. Im April 2012 verließen schließlich die letzten Heimbewohner:innen die Riebeckstraße und kamen in Nachfolgeheime für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen in den Stadtbezirken Nord und Ost unter, sodass der Heimbereich in der Riebeckstraße geschlossen wurde.

Netzwerke zwischen den verschiedenen Akteur:innen der Enthospitalisierung blieben aber weiterhin bestehen. Seit Beginn der 2010er Jahre beschäftigten sich Einzelpersonen vermehrt wissenschaftlich oder künstlerisch mit der Geschichte der Riebeckstraße 63. Institutionen wie die Gedenkstätte für Zwangsarbeit erkannten die Bedeutung der ehemaligen Städtischen Arbeitsanstalt für ihre eigenen Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte bzw. für die Geschichte der Stadt Leipzig und

² Die Ausführungen in diesem Abschnitt beruhen im Wesentlichen auf: Seyde, Thomas: Die Enthospitalisierung ehemaliger Langzeitbewohner der Außenstelle Riebeckstraße 63 des Bezirkskrankenhauses für Psychiatrie Leipzig-Dösen, in: Düben, Ann Katrin; Gedenkstätte für Zwangsarbeit (Hg.): Die ehemalige Leipziger Arbeitsanstalt Riebeckstraße 63, Leipzig 2020, S. 97–109, sowie Interviews mit Akteur:innen der Enthospitalisierungsbestrebungen, die im Rahmen der Erstellung dieses Konzepts geführt wurden. Ferner wurde auf fünf erhalten gebliebene Ausgaben der Riebeck-News zurückgegriffen. Es handelte sich dabei um einen zwischen 1993 und 1995 unregelmäßig erschienenen Newsletter der „Projektgruppe Riebeckstraße“.

darüber hinaus. Es entstanden Netzwerke mit neuen und alten Akteur:innen, die in Wissenschaft, Stadtgesellschaft und Politik hineinwirkten.

Mit fast einstimmigem Beschluss vom 16. Mai 2018 erhielt die Leipziger Stadtverwaltung vom Rat der Stadt den Auftrag, dauerhaft und sichtbar an die Geschichte der Riebeckstraße 63 zu erinnern. Dies sollte in Zusammenarbeit mit dem Sächsischen Psychiatriemuseum und der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig geschehen.³

Am 16. und 17. März 2019 veranstalteten die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig, Romano Sumnal e. V. und das Sächsische Psychiatriemuseum gemeinsam mit der Stadt Leipzig ein Symposium zur ehemaligen Städtischen Arbeitsanstalt in der Riebeckstraße 63. Neben einem Überblick über den aktuellen Forschungsstand bot die Veranstaltung Forschenden und Interessierten Raum für Austausch über die Möglichkeiten der Gestaltung des Areals als Erinnerungsort.⁴ Im Nachgang erschien unter dem Titel Die ehemalige Leipziger Arbeitsanstalt Riebeckstraße 63 ein Sammelband, der zentrale Beiträge des Symposiums bündelte.⁵

Aktivitäten der Initiative

Im unmittelbaren Anschluss an dieses Symposium gründete sich am 3. Juli 2019 der Initiativkreis Riebeckstraße 63 am historischen Ort mit dem Ziel der Errichtung eines Gedenk-, Lern- und Begegnungsortes. Im Sommer 2021 wurde schließlich der Verein Riebeckstraße 63 e. V. als juristische Vertretung der Initiative gegründet. Seit einer Zukunftswerkstatt im Frühjahr 2024 nennt sich der Kreis der Engagierten Initiative Riebeckstraße 63. Aktives Erinnern an Ausgrenzung, Arbeitszwang & Abweichung. Das öffentliche Interesse, nicht zuletzt durch Präsenz in Social Media, Podcasts, Radio- und TV-Produktionen, nimmt stetig zu. Auch die Zahl unserer Mitglieder steigt kontinuierlich.

Neben engagierten Einzelpersonen gehören die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig, das Sächsische Psychiatriemuseum sowie die Vereine Romano Sumnal e. V. und Pandechaion Herberge e. V. zu den Initiatoren der Initiative bzw. des

³ Wortlaut des Ratsbeschluss und Informationen zu seinem Umsetzungsstand: https://ratsinformation.leipzig.de/allris_leipzig_public/to020?TOLFDNR=1082054&SILFDNR=1003761, zuletzt eingesehen: 12.12.2024.

⁴ <https://www.leipzig.de/freizeit-kultur-und-tourismus/veranstaltungen-und-termine/events-single/event/symposium-verfolgung-ausgrenzung-verwahrung-die-ehemalige-staedtische-arbeitsanstalt-von-1892-bis-heute>, zuletzt eingesehen: 12.12.2024.

⁵ Düben, Ann Katrin; Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (Hg.): Die ehemalige Leipziger Arbeitsanstalt Riebeckstraße 63. Verwahrung, Ausgrenzung, Verfolgung, Leipzig 2020.

Vereins. Daneben bestehen enge Verbindungen und personelle Überschneidungen beispielsweise mit dem Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V., dem Verlag Hentrich & Hentrich, der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V. und verschiedenen Fachbereichen der Universitäten Leipzig, Jena und Halle sowie universitären Instituten in Dresden und Berlin.

In den letzten Jahren konnten außerdem Verbindungen zu Akteur:innen im Stadtteil auf- und ausgebaut werden. Zu nennen sind hier vor allem das soziokulturelle Zentrum Mühlstraße 14, die Johanniter-Akademie Mitteldeutschland, die Erlöserkirche Leipzig-Thonberg und das Stadtteilkulturfestival OSTLichter.

Darüber hinaus steht die Initiative in engem Austausch mit ehemaligen Betroffenen, besonders Frauen, die in die Venerologische Station eingewiesen wurden, und Menschen, die auf den psychiatrischen Stationen waren. Einige Betroffene oder deren Nachfahr:innen bringen sich aktiv in die Initiative ein.

Zu den bisherigen Aktivitäten der Initiative bzw. des Vereins gehören folgende Projekte:

- Ausarbeitung eines historischen Rundgangs sowie eines App-basierten Audiowalks zur selbstständigen Erschließung des Geländes.
- Einrichtungen eines „Offenen Depots“ als partizipative historische Expotschau.
- Anbringen von Informationstafeln an der Fassade.
- Durchführung eines Rechercheprojekts zur Baugeschichte.
- Ausstellung von Kunstwerken ehemaliger Bewohner:innen der Psychiatrie.
- Barrierearmer Umbau und Einrichtung von Arbeits- und Ausstellungsraum.
- Durchführung diverser Vorträge und Gespräche, u. a. mit Zeitzeug:innen.
- Erarbeitung des hier vorliegenden Gedenkstättenkonzepts sowie eine Werkstattausstellung zur Geschichte des Ortes Riebeckstraße 63 (siehe Kapitel 8. Ausstellungskonzept).

Für die Realisierung all dieser Projekte war die Unterstützung durch engagierte Ehrenamtliche, unsere weitreichenden Netzwerke sowie zahlreiche Fördermittelgeber unabdingbar.

4. Forschungsstand

Bisher liegt keine umfassende Übersicht über die Geschichte der 1892 gegründeten Leipziger „Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg“ und ihrer Nachfolgeeinrichtungen in der Riebeckstraße 63 vor. Die Organisationsstruktur, Funktionsweise und Verflechtungen der einzelnen Einrichtungen, die oftmals parallel vor Ort bestanden, müssen erst aus verschiedenen Quellen herausgearbeitet werden. Das Areal, dessen Ausdehnung sich immer wieder änderte, diente zu verschiedenen Zeiten als Arbeitsanstalt, Obdachlosenunterkunft, Gefängnis, Durchgangslager, Deportationsort sowie medizinische und/oder psychiatrische Einrichtung. Dabei waren auf dem Gelände meist mehrere dieser Funktionen gleichzeitig vertreten, sodass unterschiedliche Personengruppen parallel interniert waren. Darin zeigt sich auch die besondere Kontinuität des Ortes: Von 1892 an wiesen Behörden hier Menschen ein, die als Außenseiter:innen galten. Personen, die als „Arbeitsscheue“, „Asoziale“ oder „Kranke“ von der gesellschaftlichen Normalität abwichen, wurden hier weggesperrt und sollten durch Arbeit umerzogen werden. Bisher ist nur sehr wenig über die Biografien dieser gesellschaftlich marginalisierten Menschen bekannt, noch weniger wissen wir über Verantwortliche bzw. Täter:innen.

Dennoch konnten wir in den letzten Jahren wichtige Forschungsarbeit leisten und zumindest über weite Teile der Geschichte der Riebeckstraße 63 einen guten Überblick gewinnen. Nachfolgend wird der Forschungsstand anhand einer chronologischen Gliederung grob skizziert.

1892 bis 1918

Am 8. November 1892 wurde die „Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg“ (auch „Arbeitshaus zu St. Georg“) in der Leipziger Riebeckstraße eröffnet. Die Stadtverwaltung ließ sechs große Häuser sowie mehrere Nebengebäude und Arbeitsplätze errichten. Neben einem Verwaltungs- und einem Wirtschaftsgebäude dienten vier Häuser zur Unterbringung und Beschäftigung der Insass:innen. Zweck der Anstalt war es, „arbeitsscheue Individuen männlichen und weiblichen Geschlechts zu Arbeit anzuhalten und wieder zu brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft heranzubilden“.⁶ Als Vorgängereinrichtung kann das „Georgenhaus zu

⁶ Deutsche Bauzeitung Nr. 99, 1892, S. 607.

Leipzig“ am Brühl betrachtet werden, das seit dem 13. Jahrhundert bis in die 1870er Jahre als Armen-, Zucht- und Waisenhaus genutzt wurde.⁷ Diese Kontinuität wurde durch ein (bis heute erhaltenes) Relief symbolisiert, das den „Heiligen Georg“ zeigt und direkt über dem Eingang des Verwaltungsgebäudes angebracht wurde.

Zu den Insass:innen der Anstalt, die 1909 in Arbeitsanstalt umbenannt wurde, gehörten in den ersten Jahrzehnten unter anderem „Versorgte“, die das Fürsorgeamt bzw. das Vormundschaftsgericht einwies; Menschen die als „geisteskrank“ oder „verwahrlost“ galten; Waisen oder Frauen, denen unsittliches Verhalten unterstellt wurde; sowie Häftlinge oder in Gewahrsam genommene Menschen, die vom Polizeiamt eingewiesen wurden. Die Anstalt bot anfänglich planmäßig Platz für etwa 400 Menschen. Ab 1895 wurde vor Ort ein „Nachtasyl für Obdachlose“ (Männer und Frauen) eingerichtet, das zumeist mehrere hundert Personen pro Nacht nutzten.⁸ Die jährlichen Übernachtungszahlen zwischen 1900 und 1913 schwankten zwischen etwa 10.000 und knapp 53.000.⁹

Ab 1912 wurde ein Arbeitsplatz für freiwillige Arbeiter:innen eingerichtet. Diese wurden zumeist vom Armenamt überwiesen.¹⁰ Während des Ersten Weltkriegs sank die Zahl der Nutzer:innen des Nachtobdachs deutlich.¹¹ In den Kriegsjahren kamen vor allem russische Kriegsgefangene als Insassen der Anstalt hinzu.¹²

1919 bis 1933

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs stieg die Zahl der Nutzer:innen des Nachtasyls wieder deutlich an. Die Anstaltskirche war inzwischen zu einem Schlafsaal umfunktioniert worden, in dem bis zu 500 Menschen pro Nacht schliefen.¹³

Aus der Zeit der Weimarer Republik hat sich außerdem eine Übersicht erhalten, die die Nutzung der vier Gebäude zur Unterbringung von Insass:innen veranschaulicht. Es ist eine der wenigen Quellen, die es ermöglicht, die innen gelegenen

⁷ Unbekannter Autor: Das neue Arbeitshaus zu St. Georg in Leipzig-Thonberg, in: Vereinigung Leipziger Architekten und Ingenieure (Hg.): Leipzig und seine Bauten, Leipzig 1892, S. 285–289, S. 285. Online verfügbar unter: <https://digital.slub-dresden.de/werkansicht/dlf/91656/1/>, zuletzt aufgerufen: 02.01.2025.

⁸ Rode, Alexander: Das Nachtasyl für obdachlose Männer in der Arbeitsanstalt St. Georg, in: Düben, Ann Katrin; Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (Hg.): Die ehemalige Leipziger Arbeitsanstalt Riebeckstraße 63. Verwahrung, Ausgrenzung, Verfolgung, Leipzig 2020, S. 31.

⁹ Stadtarchiv Leipzig, AFSA 2855, Bl. 108.

¹⁰ Stadtarchiv Leipzig, AFSA 2855, Bl. 78 Rückseite.

¹¹ Stadtarchiv Leipzig, JuA 410, Bl. 4.

¹² Siehe bspw.: StAL, AFSA 1569, Bl. 187–188, Bl. 242–243.

¹³ Stadtarchiv Leipzig, AFSA 1722, Bl. 218.

Arbeitsräume, Arrestzellen und Desinfektionsanlagen zu lokalisieren.¹⁴ Daraus geht hervor, dass bereits in den 1920er Jahren zwei Stockwerke eines Hauses als Krankenstationen genutzt wurden. Die Räumlichkeiten wurden vom Städtischen Krankenhaus St. Jakob zur Unterbringung von ca. 100 Menschen mit Haut- und Geschlechtskrankheiten angemietet.¹⁵

Trotz größerer gesellschaftlicher Freiheiten war die Anstalt weiterhin ein Ort der Repression. Dies blieb jedoch nicht unkommentiert: Beschwerden von Insass:innen und Nutzer:innen häuften sich.¹⁶ Beispielsweise gab es eine Selbstorganisation der Insass:innen.¹⁷ Auch die kritische Presseberichterstattung nahm zu. Es erschienen Reportagen, in denen Perspektiven der Betroffenen zu hören sind.¹⁸

1933 bis 1945

In der Zeit von 1933 bis 1945 wurde das Gelände der Riebeckstraße 63 zu einem zentralen Ort der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik in Leipzig. Unsere Forschung zeigt, dass Angehörige nahezu jeder Verfolgtengruppe des Nationalsozialismus auf die eine oder andere Art mit der Riebeckstraße 63 zu tun hatten.

Obdachlose Menschen, „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“

Im Nationalsozialismus verschärften sich repressive Maßnahmen, die bereits in den Jahren und Jahrzehnten zuvor gegen Insass:innen der Arbeitsanstalt und Nutzer:innen des Nachtobdachs bestanden. Die Anstalt wurde ab 1934 von dem SA-Mann Georg Mühlig geleitet. Eine Radikalisierung der Maßnahmen der Stadtverwaltung speziell gegen Obdachlose führte 1936 zu einem Rückgang täglicher Übernachtungszahlen im Nachtschlafheim der Arbeitsanstalt von 70 auf 30 Personen.¹⁹ Insbesondere im Nachgang von Razzien gegen „Bettler“ und Obdachlose wurden mehrere Dutzend Personen vorübergehend in der Riebeckstraße 63 interniert.²⁰ Viele Weitere, die in die Riebeckstraße 63 kamen, wurden als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ verfolgt. Wie viele von ihnen in Gefängnisse und Konzentrationslager verschleppt wurden, ist bisher unbekannt.

¹⁴ Stadtarchiv Leipzig, AFSA 1721, Bl. 81, 81 Rückseite.

¹⁵ Stadtarchiv Leipzig, AFSA 1720, Bl. 243–243 Rückseite.

¹⁶ Stadtarchiv Leipzig, AFSA, 1486.

¹⁷ Stadtarchiv Leipzig, AFSA 1785.

¹⁸ Siehe bspw.: Stadtarchiv Leipzig, AFSA, JuA 410, Bl. 8; Stadtarchiv Leipzig, AFSA 1720, Bl. 95 & Bl. 95 Rückseite; Stadtarchiv Leipzig, AFSA 2999, Bl. 56 & Bl. 56 Rückseite.

¹⁹ Stadtarchiv Leipzig, AFSA 3004, Bl. 15.

²⁰ Siehe bspw.: Stadtarchiv Leipzig, AFSA 1786, Bl. 92.

Zwangssterilisationen und NS-Krankenmorde

Gegen Insass:innen der Arbeitsanstalt wurden Entmündigungsverfahren wegen angeblicher Trunksucht oder Geistesschwäche eingeleitet, die mitunter zu Zwangssterilisationen führten.²¹

Im Rahmen der NS-Krankenmorde wurden aus der Städtischen Arbeitsanstalt mindestens 187 Meldebögen an die Organisationszentrale in Berlin geschickt. Bislang lässt sich nachweisen, dass mindestens 76 Insass:innen der Leipziger Arbeitsanstalt im Rahmen der „Aktion T4“ getötet wurden. Es handelte sich dabei vor allem um Personen, die sich als „Versorgte“ oder „Verwahrte“ in der Arbeitsanstalt befunden hatten.²²

Sinti:zze und Rom:nja

Das Leipziger Fürsorgeamt verweigerte ab 1936 die Auszahlung von Geld als Sozialleistung für Sinti:zze und Rom:nja. Die Unterstützung war seitdem an Pflichtarbeit gekoppelt, die beispielsweise in der Riebeckstraße 63 geleistet werden musste. Die Polizei ordnete wiederholt die zwangsweise Unterbringung ganzer Familien hier an.²³

Vermutlich ab Ende der 1930er Jahre fanden auf dem Gelände der Arbeitsanstalt außerdem „rassehygienische Untersuchungen“ von Sinti:zze und Rom:nja statt.²⁴ 1938 waren zeitweise Sinti:zze oder Rom:nja unter bisher ungeklärten Umständen kurzzeitig interniert worden.²⁵

Die Polizei überstellte mindestens in einem Fall im Jahr 1940 eine Gruppe Rom:nja aus Siebenbürgen für einige Tage in die Arbeitsanstalt. Über ihren weiteren Verbleib ist nichts bekannt.²⁶

²¹ Müller, Thomas R.: Diagnose „angeborener Schwachsinn“. Die Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen aus der Städtischen Arbeitsanstalt, in: Düben, Ann Katrin; Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (Hg.): Die ehemalige Leipziger Arbeitsanstalt Riebeckstraße 63. Verwahrung, Ausgrenzung, Verfolgung, Leipzig 2020, S. 42–50, S. 42–44.

²² Ebd., S. 46.

²³ Wermes, Kristina: Das Schicksal der Leipziger Sintifamilie Deußing, in: Krahel, Kathrin; Meichsner, Antje (Hg.): Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege: Texte über Antisemitismus und historische Lokalrecherchen zu und von Roma, Romnja, Sinti und Sinteze in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien, Dresden 2016, S. 72–75, hier vor allem S. 73–74; Müller, Kai: Die Verfolgung der Sinti und Roma in der Kreishauptmannschaft/Regierungsbezirk Leipzig, Universität Hagen: unveröffentlichte Magisterarbeit 2014.

²⁴ Bundesarchiv Koblenz, Bild146 – 1987 – 117.

²⁵ Stadtarchiv Leipzig, AFSA 1939, Bl. 242.

²⁶ Staatsarchiv Leipzig, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-S 8516.

Am 1. März 1943 verließ der erste Transport in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz mit 64 Leipziger Sinti:zze und Rom:nja die Riebeckstraße 63. Auf weitere Transporte gibt es bislang keine Hinweise.²⁷

Jüdinnen:Juden

Für Jüdinnen:Juden gab es, ähnlich wie für Sinti:zze und Rom:nja, zahlreiche unterschiedliche Gründe während des NS-Zeit in der Riebeckstraße 63 interniert zu werden. Als eine der ersten Städte im Deutschen Reich führte Leipzig 1938 eine Arbeitspflicht für die jüdischen Bewohner:innen ein. Viele Jüdinnen:Juden mussten daher in der Riebeckstraße 63 arbeiten.²⁸ Für die Koordinierung dieser Pflichtarbeit war der Anstaltsleiter zuständig. Im Rahmen der „Polenaktion“ im Oktober wie auch der Pogrome im November 1938 waren zahlreiche jüdische Bewohner:innen Leipzigs in der Riebeckstraße und dem benachbarten Obdachlosenhaus interniert worden. Sie blieben dort vermutlich nur wenige Stunden oder Tage.²⁹

Seit Beginn des Krieges kam es immer wieder zur Inhaftierung von zeitweise mehr als 200 als Jüdinnen:Juden diskriminierte Menschen in der Riebeckstraße. Grund dafür waren unter anderem die Verfolgung von ausländischen Jüdinnen:Juden sowie Verstöße gegen Maßnahmen und Bestimmungen, wie die Weigerung, den „Judenstern“ zu tragen.³⁰

In mindestens einem Fall diente die Arbeitsanstalt Anfang 1944 als Sammelort für eine Deportation von Jüdinnen:Juden nach Theresienstadt.³¹

NS-Zwangsarbeiter:innen

Während des Zweiten Weltkriegs bildete die Riebeckstraße 63 das Zentrum für die Aufnahme, Desinfektion, Verteilung, Kontrolle und Bestrafung von zivilen Zwangsarbeiter:innen in Leipzig.³² Mindestens 80.000 Menschen passierten in diesem

²⁷ Stadtarchiv Leipzig, Ernährungsamt 6, Bl. 189.

²⁸ Stadtarchiv Leipzig, AFSA 1939, Bl. 211–214; Gruner, Wolf: Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkungen lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933–1942), Berlin 2002, S. 139.

²⁹ Held, Steffen: Der Novemberpogrom in Leipzig und die Massenverhaftungen Leipziger Juden 1938/39, in: Ephraim-Carlebach-Stiftung (Hg.): Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig, Leipzig: 1994, S. 194–206, S. 202f.; Stadtarchiv Leipzig, AFSA 1939, Bl. 242.

³⁰ Von den Überlebenden Heinz Sprung und Gerda Gottschalk liegen umfangreiche Aufzeichnungen über ihre Zeit als Haftgefangene in der Riebeckstraße 63 vor, siehe: Sonnefeld, Alina: Als Jude im NS-Internierungslager der Leipziger Arbeitsanstalt: Der Überlebendenbericht von Heinz Sprung, <https://riebeckstrasse63.de/dokumentation/>, zuletzt aufgerufen: 03.01.2025; Gottschalk, Gerda: Der letzte Weg, Konstanz 1991, S. 11–21.

³¹ <https://collections.yadvashem.org/en/deportations/5092497>, zuletzt aufgerufen: 03.01.2025.

³² Schneider, Hannes: Zivile Zwangsarbeit. Verwaltung, Kontrolle und Bestrafung, in: Düben, Ann Katrin; Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (Hg.): Die ehemalige Leipziger Arbeitsanstalt Riebeckstraße 63. Verwahrung, Ausgrenzung, Verfolgung, Leipzig: 2020, S. 51–60, S. 57.

Zuge das Gelände der Arbeitsanstalt. Im Keller des heutigen Haus 1 befand sich zudem ein „Ausländergefängnis“, wo vor allem nicht-deutsche Zwangsarbeiter:innen eingesperrt wurden. Das Thema NS-Zwangslarbeit macht nach derzeitigem Forschungsstand die Selbstbehauptung und den Widerstand von Insass:innen der Riebeckstraße 63 am deutlichsten sichtbar. Neben Aktivitäten einer kommunistischen Widerstandsgruppe, dem „Internationalen Antifaschistischen Komitee“, zeigt eine Fotoserie aus dem Bestand des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig teilweise explizit widerständige Wandinschriften von Häftlingen des „Ausländergefängnisses“.³³



Abbildung 1: Im Zuge Allierter Luftangriffe während des Zweiten Weltkriegs, wurden fast alle Gebäude stark in Mitleidenschaft gezogen. Die beide Gebäude auf der linken Seite im Bildausschnitt existieren heute nicht mehr (Luftbild der United States Army Air Forces vom April 1945, Luftbilddatenbank Dr. Carls).

Politische Häftlinge

Über die Unterbringung politischer Häftlinge in der Arbeitsanstalt ist bisher nur wenig bekannt. Mindestens von August 1935 bis Februar 1936 bestand ein

³³ Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Inv-Nr. F/2022/211, Serie von Fotoreproduktionen der Wände des „Ausländergefängnisses“.

„Schutzhaftlager“ für mehrere Dutzend Menschen.³⁴ Die Arbeitsanstalt war auch später immer wieder Haftort und Durchgangslager für politische Häftlinge, die von der Gestapo „wegen Abhörens ausländischer Radiosender, des Aufhebens von abgeworfenen Flugblättern aus alliierten Flugzeugen und wegen ‚Arbeitsvertragsbruchs‘ denunzierte Bürger deutscher und ausländischer Nationalität“ verhaftet wurden.³⁵

1945 bis 1990

Heim für soziale Betreuung / Sonderheim für Soziale Betreuung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Arbeitsanstalt weitergeführt. Im Jahr 1954 erfolgte die Umbenennung in „Heim für soziale Betreuung“, um die negativen Konnotationen mit den Arbeitshäusern zu unterlaufen.³⁶ Zum Heim für soziale Betreuung, das vermutlich 1968 in „Sonderheim für Soziale Betreuung“ umbenannt wurde, liegen bisher nur wenige Erkenntnisse vor. Erhalten sind zwei Heimordnungen, darunter eine von 1968.³⁷ Betroffene waren hier teils über mehrere Wochen, teils über mehrere Jahre untergebracht und sollten durch Arbeit erzogen werden. Belegungszahlen lassen sich bisher kaum rekonstruieren. Wir wissen aber, dass Anfang 1968 etwa 220 Personen Bewohner:innen des Sonderheims waren.³⁸ Wir gehen aktuell davon aus, dass das Sonderheim aufgelöst wurde und die Einrichtung dem Bezirkskrankenhaus für Psychiatrie in Dösen angegliedert wurde. Dieser Übergang ist noch nicht erforscht.

Psychiatrische Stationen

Seit 1971 befand sich in der Riebeckstraße 63 eine Außenstelle des Bezirkskrankenhauses für Psychiatrie und Neurologie Leipzig-Dösen. Eine nach Diagnosen getrennte Unterbringung erfolgte selten. Ein Mangel an ausgebildetem Fachpersonal und die Unterbringung in beengten Mehrbettzimmern bestimmten den Alltag der Patient:innen. Anfänglich war eine Gesamtzahl von 376 Betten vorhanden. Im Jahr 1990 waren es noch 185. Belegungszahlen müssen noch erforscht werden. Die geschlossenen Stationen der Anfangszeit waren im Rahmen von

³⁴ Stadtarchiv Leipzig, AFSA 1787, Bl. 92, Bl. 92 Rückseite, Bl. 114.

³⁵ Diamant, Adolf: Gestapo Leipzig, Frankfurt am Main 1990, S. 203.

³⁶ Zimmermann, Verena: Den neuen Menschen schaffen: Die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945–1990), Köln 2004, S. 226.

³⁷ Stadtarchiv Leipzig: HsozB, Nr. 788, Bl. 56ff.

³⁸ Stadtarchiv Leipzig: 0067, Nr. 17176m, Bl. 49.

Modernisierungsprozessen in offenere Wohnbereiche umgewandelt worden.³⁹ Doch erst nach der Wendezeit 1989/90 setzte sich eine Gruppe engagierter Menschen gemeinsam mit den Patient:innen für die umfassende Verbesserung der Lebensverhältnisse und eine Enthospitalisierung ein (für eine knappe Übersicht der Nutzung des Areals seit 1990 und der Aktivitäten der Enthospitalisierungs-Gruppe, siehe: Kapitel 3. Genese der Initiative Riebeckstraße 63).

Über die Organisationsstruktur sowie den Alltag auf den psychiatrischen Stationen in der Riebeckstraße 63 lässt sich bisher nur wenig sagen. Eine systematische Auswertung weiterer Akten und Befragungen von Betroffenen stehen noch aus.

Geschlossene Venerologische Station

Im März 1946 wurde auf dem Gelände der Arbeitsanstalt zudem das Fürsorgeheim für Geschlechtskranke Leipzig-Thonberg errichtet. Ab 1952 wurde die Einrichtung als geschlossene Venerologische Station geführt.⁴⁰ Dort wurden (vermeintlich) geschlechtskranke Frauen und Mädchen zwangsweise medizinisch behandelt und isoliert sowie in vielen Fällen durch Arbeit „erzogen“.⁴¹ Die Aufenthaltsdauer betrug durchschnittlich 20 bis 28 Tage.⁴²

Gründe für die Einweisung waren „Herumtreiberei“, „Arbeitsbummelei“, „HwG“ (Häufig wechselnder Geschlechtsverkehr), Prostitution, Geschlechtskrankheiten, oder auch nur der Verdacht auf einen der genannten Gründe. Auswertungen von Patientinnenakten durch die Medizinhistoriker Maximilian Schochow und Florian Steger zeigen, dass bei 70 Prozent der Eingewiesenen ab den 1960er Jahren keine Geschlechtskrankheiten vorlagen.⁴³ Vielmehr stand anstelle einer medizinischen Versorgung die Disziplinierung im Vordergrund. Die Insassinnen sollten zu Staatstreue und Arbeitsdisziplin umerzogen werden.

³⁹ Quelle: Hirsch, Cornelia: Das Bezirkskrankenhaus für Psychiatrie Leipzig als Hauptträger stationärer Versorgungsleistungen in einem sektorsierten psychiatrischen Betreuungssystem, Dissertation 1985, S. 46; Seyde, Thomas: Die Enthospitalisierung ehemaliger Langzeitbewohner der Außenstelle Riebeckstraße 63 des Bezirkskrankenhauses für Psychiatrie Leipzig-Dösen, in: Düben, Ann Katrin; Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (Hg.): Die ehemalige Leipziger Arbeitsanstalt Riebeckstraße 63. Verwahrung, Ausgrenzung, Verfolgung, Leipzig 2020, S. 97–109, S. 100.

⁴⁰ Schochow, Maximilian: Zwischen Erziehung, Heilung und Zwang: Geschlossene Venerologische Einrichtungen in der SBZ/DDR, Halle 2019, S. 159.

⁴¹ Schochow, Maximilian: Die geschlossenen Venerologischen Einrichtungen Leipzig Thonberg (1945–1990), in: Düben, Ann Katrin; Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (Hg.): Die ehemalige Leipziger Arbeitsanstalt Riebeckstraße 63. Verwahrung, Ausgrenzung, Verfolgung, Leipzig 2020, S. 72–91, S. 72.

⁴² Brüning, Steffi: Prostitution in der DDR: Eine Untersuchung am Beispiel von Rostock, Berlin und Leipzig, 1968 bis 1989, Berlin 2020, S. 113.

⁴³ Steger, Florian; Schochow, Maximilian: Traumatisierung durch politisierte Medizin: Geschlossene Venerologische Stationen in der DDR, Berlin 2016, S. 225f.

Durch einen engen Austausch mit Betroffenen sowie die vergleichsweise gute Forschungslage verfügen wir über ein breites Wissen über Abläufe und Alltag auf der Station.

Eigene Forschungsvorhaben

Wie dieser schlaglichtartige Forschungsüberblick verdeutlicht, sind weitere umfassende Forschungsarbeiten von uns und Dritten nötig, um die Geschichte des Areals Riebeckstraße 63 adäquat darstellen zu können.

Hierzu sind von uns in den kommenden Jahren Sichtung und Auswertung von einschlägigen Aktenbeständen und digitalen Datenbanken vorgesehen (siehe: Kapitel 9. Stand der musealen Sammlung). Zentral ist dabei für uns zunächst die forschungsbasierte Weiterentwicklung unseres pädagogischen Materials und die damit einhergehende Untersuchung von Biografien – sowohl von Betroffenen als auch von Mitarbeiter:innen/Verantwortlichen verschiedener Einrichtungen, die in der Riebeckstraße 63 während der Zeit des Nationalsozialismus und der DDR bestanden. Im Fokus stehen dabei Personen, die als „asozial“ stigmatisiert wurden sowie Sinti:zze und Rom:nja. Die Forschung geschieht im Austausch mit kooperierenden Einrichtungen/Forscher:innen.

Zu den zentralen Forschungslücken zählen:

- als Prostituierte Verfolgte
- als „Asoziale“ Verfolgte
- das Heim/Sonderheim für Soziale Betreuung (1945–1971/1990)
- Psychiatrische Stationen in den 1970er und 1980er Jahren
- die Arbeitsanstalt in Kaiserreich und Weimarer Republik
- Verfolgungskontextübergreifende Betrachtung des historischen (Vollzugs-)Personal der Arbeitsanstalt und ihrer Folgeeinrichtungen (Kontinuitäten, Brüche, Biografien, Selbstverständnis)
- Sinti:zze und Rom:nja
- Jüdinnen und Juden

5. Einordnung in die Gedenkstättenlandschaft

Der folgende Vergleich mit Institutionen, die Überschneidungen mit der Riebeckstraße 63 aufweisen, macht deutlich, dass die Einzigartigkeit einer zukünftigen Gedenkstätte in der Komplexität der Verfolgung von gesellschaftlichen Außenseiter:innen über verschiedene politische Systeme hinweg liegt. Gerade die Beschäftigung mit dem Thema „Asozialität“ muss über verschiedene Epochen hinweg thematisiert werden. Dabei spielt die Weiternutzung des Leipziger Arbeitshauses im politischen System der DDR als Strafanstalt eine wichtige Rolle. Auch die geschlechtsspezifische Disziplinierung von Frauen war auf dem Gelände immer zentral. Die Riebeckstraße 63 bietet wie kein anderer Ort die Möglichkeit, die historischen Kontinuitäten der kommunalen ‚Fürsorgepolitik‘ seit dem späten 19. Jahrhundert zu betrachten. Gerade angesichts der nach wie vor bestehenden Diskriminierung der am Ort der Riebeckstraße 63 verfolgten Opfergruppen ist die Errichtung einer Gedenkstätte am historischen Ort unverzichtbar. Der Erinnerungsort Riebeckstraße 63 füllt auch in der Entwicklungskonzeption der Stiftung Sächsische Gedenkstätten formulierte Leerstellen, indem Forschung, Erinnerung und Bildungsangebote für unterrepräsentierte Betroffenenengruppen und deren Perspektiven hier thematisiert werden.⁴⁴ Durch die bereits existierende Vernetzung mit wichtigen kommunalen Akteur:innen innerhalb der städtischen Erinnerungskultur (siehe Kapitel 2. Genese der Initiative Riebeckstraße 63) besteht eine feste Verankerung des Gedenkortes Riebeckstraße 63 in Leipzig.

Aufgrund der Komplexität der Geschichte der Riebeckstraße 63 lassen sich mehrere Themenfelder ausmachen, die von besonderer Relevanz sind. Dazu gehören: Zwangsarbeit, nationalsozialistische Medizinverbrechen, die Geschichte der Psychiatrie, DDR-Heiminstitutionen und Venerologischen Stationen. Auf regionaler sowie nationaler Ebene können thematische Überschneidungen zu anderen Gedenkstätten, Museen und Vereinen gefunden werden, die sich den genannten Themenfeldern widmen. Im Folgenden werden die Überschneidungen mit anderen Institutionen in die angeführten Themenabschnitte gegliedert. Dabei ist zu betonen, dass diese nicht alle Aspekte der Geschichte des Ortes abdecken.

⁴⁴ Vgl. Entwicklungskonzeption StSG, S. 30.

Arbeitshäuser

Arbeitshäuser etablierten sich ab dem 16. Jahrhundert in ganz Europa. Aus heutiger Perspektive handelte es sich dabei um Strafanstalten für Menschen, die als „arbeitsscheu“ galten. In Sachsen existiert noch kein Ort, der sich allein mit dem Phänomen der Arbeitshäuser beschäftigt, dabei gab es diese seit Ende des 19. Jahrhunderts in vielen größeren Städten, etwa in Dresden oder Zwickau. Überregional und über Sachsen hinaus entstanden drei Gedenkstätten bzw. Gedenkort, an Orten, die Parallelen zum Arbeitshaus in der Riebeckstraße 63 aufzeigen. Eine Überschneidung mit der Leipziger Einrichtung nicht nur als Korrektur- und Arbeitsanstalt, sondern auch in der Nutzung über verschiedene politische Systeme hinweg, weisen das Arbeitshaus Rummelsburg in Berlin sowie die ehemalige Benediktinerabtei Brauweiler bei Köln und das ehemalige Kloster Breitenau bei Kassel auf. Der Gedenkort Rummelsburg befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen Städtischen Arbeitshauses Rummelsburg. Im 19. Jahrhundert wurden hier Menschen aus sozialen Randgruppen durch körperliche Arbeit „umerzogen“. Während des Nationalsozialismus diente der Gebäudekomplex als Sammelanstalt von Personen, die als „Asoziale“ verfolgt wurden. Hier wurden ebenfalls Homosexuelle, Menschen mit psychischen Erkrankungen und Juden:Jüdinnen interniert. In der DDR wurde das Areal zum zentralen Männer-Gefängnis Ost-Berlins. Heute sind die Häuser bewohnt, jedoch entstand durch zivilgesellschaftliches Engagement eine Open-Air-Ausstellung. Über das Gelände verteilte Stelen erinnern an die Geschichte des Ortes, mittels einer App ist eine virtuelle Führung über das Gelände möglich. Weitere pädagogische Angebote und eine kontinuierliche wissenschaftliche Aufarbeitung finden allerdings nicht statt.

Der heutige Sitz der Gedenkstätte Brauweiler fungierte im 19. Jahrhundert als Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler und später als „Landesarmenhaus“ und „Trinkerheilanstalt“. Hier wurden Zugehörige gesellschaftlicher Randgruppen diszipliniert und „umerzogen“. Neben Erwachsenen waren auch Kinder und Jugendliche betroffen. Während des Nationalsozialismus waren dort zwei Sonderkommandos der Gestapo stationiert. Nach der Befreiung durch die amerikanische Armee diente das Gelände den Alliierten, um „Displaced Persons“ unterzubringen. Schließlich wurde das Gelände als Krankenhaus genutzt, welches Anfang der 1970er Jahre aufgrund von öffentlich gewordenen Missständen in eine allgemeinspsychiatrische Einrichtung überging. Im Jahr 2008 eröffnete die Gedenkstätte Brauweiler.

Die Gedenkstätte Breitenau befasst sich ebenfalls mit einer komplexen Geschichte der Mehrfachnutzung eines Gebäudekomplexes. Ab 1874 zur Korrekptions- und Landarmenanstalt Breitenau umfunktioniert, entstand dort 1933 eines der frühen Konzentrationslager für politische Schutzhäftlinge. Ab 1940 fungierte der Ort als „Arbeitserziehungslager“ für Menschen, die von den Nationalsozialisten als „arbeitsscheu“ verfolgt wurden. Außerdem fanden Zwangssterilisationen auf Grundlage des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ statt. Ab 1952 wurde der Ort als „Landesfürsorgeheim Fuldatal“ als Mädchenerziehungsheim und ab 1974 als Wohneinrichtung für Menschen mit psychischen Erkrankungen genutzt. In den 1980er Jahren wurde auf Initiative der „Projektgruppe Breitenau“, die aus Wissenschaftler:innen der ehemaligen Gesamthochschule Kassel bestand, die Gedenkstätte Breitenau gegründet. Diese bietet neben einer Dauerausstellung auch ein breites pädagogisches Angebot an.

Es existieren historische Parallelen, die sich aufgrund der Nutzung in verschiedenen politischen Systemen seit Ende des 19. Jahrhunderts ergeben. Der Gedenkort Rummelsburg versucht in der Open-Air-Ausstellung alle vier Zeitschichten – Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus und DDR – zu thematisieren. In der Gedenkstätte Brauweiler und Breitenau liegt der Fokus wiederum auf der Nutzungsgeschichte der historischen Orte während des Nationalsozialismus. Dies spiegelt sich in den pädagogischen Angeboten wider, die in Brauweiler die Geschichte des Arbeitserziehungs- und Konzentrationslager thematisieren. In Breitenau wird seit der Neueröffnung der Gedenkstätte im Juni 2024 die Entwicklung der Arbeitsanstalt vor dem Nationalsozialismus verstärkt eingebunden.

Zwangsarbeit

Auf regionaler Ebene widmet sich die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (GfZL) dem NS-Zwangsarbeitseinsatz in Leipzig sowie dessen Folgen. Das Thema Zwangsarbeit hat in Sachsen und insbesondere in Leipzig durch die Existenz von Rüstungsfirmen wie der Hugo Schneider Aktiengesellschaft (HASAG) eine besondere Relevanz. Die GfZL leistet eine unverzichtbare Arbeit in der Erforschung und Vermittlung des Themas Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Sie bietet ein umfassendes pädagogisches Angebot und wirkt dezentral durch Stadtteilrundgänge darauf hin, die Omnipräsenz von Zwangsarbeit im Stadtraum sichtbar zu machen. In ihrer Arbeit thematisiert sie auch die Riebeckstraße 63, die als Sammelort für

ankommende Zwangsarbeiter:innen sowie als „Ausländergefängnis“ eine wichtige Rolle innerhalb der städtischen Zwangsarbeit spielte. Allerdings steht die Erforschung und Vermittlung des Gebäudekomplexes Riebeckstraße 63 in Bezug auf das Thema Zwangsarbeit noch am Anfang.

Überregional widmet sich das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide bereits seit 2006 dem Themenkomplex und verbindet ihn mit der Erfahrungswelt der deutschen Bevölkerung. Es strebt an, ein umfassendes und facettenreiches Bild von Zwangsarbeit zu vermitteln. Neben einer Dauerausstellung und wechselnden Sonderausstellungen bietet das Dokumentationszentrum Führungen und Seminare an. Auch das im ehemaligen Gauforum 2024 neu eröffnete Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in Weimar widmet sich der NS-Zwangsarbeit und deren breiter gesellschaftlicher Verankerung und Wahrnehmung. Das Museum hat den Anspruch, den Aktualitätsbezug von Zwangsarbeit hervorzuheben. Hier werden neben der Dauerausstellung ebenfalls pädagogische Angebote wie Fortbildungen, Führungen und Seminare angeboten.

Nationalsozialistische Krankenmorde – NS-„Euthanasie“

An den Themenkomplex der nationalsozialistischen Krankenmorde erinnern im Raum Sachsen die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein sowie seit Mai 2023 die Gedenkstätte Großschweidnitz, jeweils am historischen Ort. Die Gedenkstätte Großschweidnitz widmet sich dem Erinnern an die Opfer, die zwischen 1939 und 1945 in der Landesanstalt Großschweidnitz ermordet wurden. Zunächst als „Zwischenanstalt“ auf dem Weg zur Ermordung in Pirna-Sonnenstein genutzt, wurde Großschweidnitz später selbst zum Ort der Tötung der eingelieferten Personen. Den pädagogischen Schwerpunkt der Gedenkstätte bilden die nationalsozialistische Gesundheitspolitik und „Euthanasie“, die juristische Aufarbeitung der Krankenmorde und die gegenwartsbezogene Auseinandersetzung mit bioethischen Fragen.

Die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein beschäftigt sich mit der Geschichte der Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein, in der in den Jahren 1940 und 1941 Menschen im Rahmen der nationalsozialistischen Krankenmorde in einer Gaskammer im Keller getötet wurden. Der Schwerpunkt der Bildungsarbeit der Gedenkstätte liegt auf der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen „Euthanasie“, deren Organisation sowie den beteiligten Täter:innen und Akteur:innen. Im Rahmen von Peer-to-Peer-Führungen verfügt die Gedenkstätte über ein inklusives

Bildungsangebot. Die Riebeckstraße 63 ist mit der Geschichte der ehemaligen „Heilanstalt Pirna-Sonnenstein“ eng verbunden, da der Großteil der nachweislich 76 Personen, die im Rahmen der „Aktion T4“ ermordet wurden, aus der Leipziger Arbeitsanstalt über die „Zwischenstation“ der Heil- und Pflegeanstalt Zschadraß nach Pirna gebracht wurden.

Vor Ort in Leipzig ist mit dem Sächsischen Psychiatriemuseum ein weiterer Akteur vorhanden, der sich sowohl mit dem Themenkomplex „Euthanasie“ als auch mit der Psychiatriegeschichte in der DDR in einer Dauerausstellung auseinandersetzt. Das Psychiatriemuseum ist zudem ein ständiger Kooperationspartner der Initiative und des Vereins Riebeckstraße 63 e. V. und seit der Gründung der Initiative in unsere Arbeit involviert.

Als „asozial“ Verfolgte

Ein noch sehr randständig behandeltes Thema ist das der Menschen, die über verschiedene Zeitschichten hinweg als „Asoziale“ ausgegrenzt, „verwahrt“ und verfolgt wurden. Im Nationalsozialismus erlebten diese Personen darüber hinaus eine gezielt eliminatorische Form der Verfolgung. Der Bundestag beschloss erst im Februar 2020, diese Menschen offiziell als Opfer des Nationalsozialismus anzuerkennen. Seither wird diese Opfergruppe häufig als eine Häftlingsgruppe in KZ-Gedenkstätten berücksichtigt. Im Jahr 2023 weihten Angehörige von ehemals als „asozial“ Verfolgten zudem in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen eine Gedenkstele ein. Allerdings fehlt nach wie vor ein Ort, der sich explizit mit der Geschichte dieser über verschiedene Systeme hinweg ausgegrenzten Gruppe beschäftigt. Das verdeutlicht die Relevanz der Riebeckstraße 63, anhand deren Geschichte sich die Ausgrenzung sogenannter „Asozialer“ vom Kaiserreich bis in die DDR nachzeichnen lässt.

Geschlossene Venerologische Stationen

Eine spezifische Form der medizinischen Zwangsbehandlung und Disziplinierung von Frauen in der DDR waren die „Fürsorgeheime für Geschlechtskranke“ und die „Geschlossenen Venerologischen Stationen“. Bislang existiert keine Gedenkstätte, die sich mit der systematischen Aufarbeitung diesen Einrichtungen des fürsorglichen Zwangs beschäftigt. Das oben erwähnte Kooperationsprojekt mit der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, aus dem die Ausstellung

„Einweisungsgrund: Herumtreiberei“ hervorging, bildet einen Anfang. In Halle bemüht sich der 1995 gegründete Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. um die Aufarbeitung der dortigen Geschlossenen Venerologischen Station. Diese wurde 1961 gegründet und befand sich im ehemaligen Gebäude der Poliklinik Mitte in der heutigen Kleinen Klausstraße, welches ab März 2022 zum Wohnhaus umgebaut wurde. Der Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. hat seinen Sitz nicht am historischen Ort und befasst sich mit weiteren Schwerpunkten der halleschen Stadtgeschichte während des Nationalsozialismus und der DDR. In den letzten Monaten hat das Thema der Venerologischen Stationen durch einen Podcast und eine Dokumentation des MDR eine größere Öffentlichkeit erreicht.⁴⁵ Hier kommt einer zukünftigen Institution auf dem Gelände der Riebeckstraße 63, gerade aufgrund seiner besonders langen Existenz im Vergleich zu ähnlichen Einrichtungen, eine einzigartige Bedeutung zu.

Heimeinrichtungen in der DDR

Auf dem Gelände der Riebeckstraße 63 befanden sich mit dem Heim für soziale Betreuung und dem vermutlich als Nachfolgeeinrichtung geführten Sonderheim für Soziale Betreuung zwei Heimeinrichtungen. Diese Einrichtungen sind als Nachfolgeeinrichtungen des Arbeitshauses zu verstehen und „verwahrten“ volljährige Personen, die nicht in das Bild der „sozialistischen Persönlichkeit“ passten. Hierher wurden Menschen etwa nach der Verbüßung einer Haftstrafe gebracht.

Innerhalb der Gedenkstättenlandschaft gibt es bislang nur eine Institution, die sich explizit mit dem Heimsystem auseinandersetzt: die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau. Sie thematisiert die Geschichte des einzigen Geschlossenen Jugendwerkhofs der DDR, bei dem es sich um die extremste Form der Zurichtung und Disziplinierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen innerhalb der institutionellen Heimerziehung handelte. Das Ziel der Gedenkstätte ist es, der Opfer der Einrichtung durch wissenschaftliche Aufarbeitung, Dokumentation und historisch-politische Bildungsarbeit zu gedenken. Zudem bietet die Gedenkstätte eine Beratungsstelle für Betroffene an, die sie etwa bei der Rehabilitierung unterstützt. Zwischen der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau und dem Verein Riebeckstraße 63 e. V. bestand von 2024 bis 2025 ein Kooperationsprojekt, das sich mit der Verbindung zwischen der Umerziehung von Mädchen in Spezialheimen

⁴⁵ Der Podcast trägt den Titel „Diagnose: Unangepasst“ und erschien im April 2024; die Dokumentation „Trauma „Tripperburg““ erschien im Dezember 2023.

und der Disziplinierung von Mädchen und Frauen in der Geschlossenen Venerologischen Station befasst.⁴⁶

Neben der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau gibt es mit dem Verein WENDEPUNKTE e. V. – ein Träger der Sucht- sowie Kinder- und Jugendhilfe in Ostthüringen wie auch einer Jugendhilfeeinrichtung in Wolfersdorf – einen weiteren Akteur, der sich mit dem Thema Jugendwerkhöfe beschäftigt. So gehörten Gelände und Gebäude des heutigen Jugendhilfezentrums Wolfersdorf zum ehemaligen Jugendwerkhof „Neues Leben“. Der Verein WENDEPUNKTE e. V. hat im ehemaligen Werkstattgebäude eine Dauerausstellung zur Geschichte des Jugendwerkhofs geschaffen. Allerdings kann der Verein hier anders als eine Gedenkstätte kein pädagogisches Angebot anbieten. Auch eine wissenschaftliche Stelle zur weiteren Erforschung der Geschichte des Ortes ist nicht vorhanden. Die Repräsentation des DDR-Heimsystems in Gedenkstätten ist damit noch mangelhaft und erinnerungskulturell lediglich mit der Institution in Torgau vertreten. Auch handelt es sich bei den beiden erwähnten Institutionen um Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe, deren Ziel es war, Minderjährige umzuerziehen. In der Riebeckstraße 63 standen hingegen Erwachsene im Fokus, die in dem unter anderem Namen weitergeführten Arbeitshaus interniert wurden. In Bezug auf die „Heime für Soziale Betreuung“ und andere Heime für Erwachsene in der DDR klafft hingegen eine Lücke innerhalb der Gedenkstättenlandschaft.

Psychiatriegeschichte

Einen weiteren Themenkomplex auf dem Gelände der Riebeckstraße 63 umfasst die ab 1971 dort ansässige Außenstelle des Krankenhauses für Psychiatrie und Neurologie Leipzig-Dösen. Menschen mit psychischen Erkrankungen oder mit körperlichen und geistigen Behinderungen wurden hier unter teils katastrophalen Bedingungen untergebracht.

Auf lokaler Ebene ist das bereits erwähnte Sächsische Psychiatriemuseum in Leipzig ein zentraler Akteur, nicht nur wenn es um den Themenkomplex „Euthanasie“ geht, sondern auch für die Geschichte der Psychiatrie in der DDR. Durch diese beiden Kooperationspartner kann die Initiative Riebeckstraße 63 auf eine fundierte Vorarbeit aufbauen. Bundesweit gibt es weitere Museen, die sich mit dem Thema Psychiatriegeschichte beschäftigen. Sie sind häufig in heutige

⁴⁶ <https://einweisungsgrund-herumtreiberei.de/>, zuletzt eingesehen: 05.02.2025.

psychiatrische Institutionen integriert. Beschäftigt wird sich meist mit der Geschichte der eigenen Einrichtung. Dabei dominiert in der Aufarbeitung der Institutionen die Zeit des Nationalsozialismus, insbesondere die Verzahnung von Psychiatrieeinrichtungen und „Euthanasie“-Verbrechen. Eine Gedenkstätte mit einem spezifisch ostdeutschen Blick auf die Psychiatriegeschichte der DDR fehlt innerhalb der Gedenkstättenlandschaft sowohl in Sachsen als auch den anderen ostdeutschen Bundesländern.

6. Pädagogisches Konzept

Die *Initiative Riebeckstraße 63. Erinnern an Ausgrenzung, Arbeitszwang & Abweichung* wird nicht nur ein Ort des Erinnerns sein, sondern auch eine Forschungs- und Bildungseinrichtung. Besucher:innen werden dazu ermutigt, sich kritisch mit der Vergangenheit und daraus resultierend auch der Gegenwart auseinanderzusetzen.

Zielsetzung

Die Initiative Riebeckstraße 63 hat das Ziel, die Besucher:innen über die Geschichte der ehemaligen städtischen Arbeitsanstalt sowie ihre Nachfolgeeinrichtungen zu informieren und ein Bewusstsein für die Themen Ausgrenzung, Arbeitszwang und Abweichung von sozialen Außenseiter:innen über verschiedene politische Systeme hinweg zu schaffen. Zugleich sollen die Mechanismen und Formen gegenwärtiger Ausgrenzung thematisiert werden.

Zielgruppe

Das pädagogische Angebot richtet sich generell an eine interessierte Öffentlichkeit, darunter Schüler:innen verschiedener Schulformen ab Klassenstufe 9, Auszubildende, Student:innen, Multiplikator:innen, die unmittelbare Nachbarschaft der Riebeckstraße 63, Polizist:innen, Bundeswehrsoldat:innen, Mitarbeiter:innen der

städtischen Verwaltung und Tourist:innen. Einen besonderen Fokus wollen wir dabei, neben allgemeinbildenden Schulen, auf Personen richten, die im medizinischen und sozialen Bereich tätig sind bzw. ausgebildet werden. Die Identifikation mit dem Beruf sowie die eigene Fachkompetenz innerhalb dieses Bereichs ermöglichen ein zusätzliches Verständnis von Handlungsspielräumen und Verantwortlichkeiten innerhalb historischer Gegebenheiten.⁴⁷ Perspektivisch sollen dauerhafte Kooperationen mit entsprechenden Ausbildungseinrichtungen in diesem Bereich entstehen bzw. ausgebaut werden.

Die Geschichte der Riebeckstraße 63 ist unter anderem eine Geschichte des Umgangs mit sozialen Außenseiter:innen. Auch heute sind gesellschaftliche Außenseiter:innen auf dem Areal untergebracht: Geflüchtete kommen in dem ehemaligen Verwaltungsgebäude unter, eine Jugendwohngruppe befindet sich auf dem Gelände. Ein pädagogisches Angebot soll daher den Bewohner:innen der Unterkunft und Menschen mit Fluchterfahrungen die Möglichkeit bieten, sich der Geschichte des Geländes anzunähern. Vor dem Hintergrund des ehemaligen Nachtasyls in der Riebeckstraße 63 wollen wir auch wohnungslose Menschen gezielt ansprechen. Überdies soll ein zukünftiger Erinnerungsort auch ein barrierearmes, inklusives Angebot für Menschen mit Lernschwierigkeiten anbieten. Für alle drei genannten Zielgruppen wäre ein Peer-to-Peer-Projekt vielversprechend, wenn der Initiative die nötigen Ressourcen bereitgestellt werden. Das Peer-to-Peer-Projekt der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein kann hier im Bereich der inklusiven Bildungsangebote von Gedenkstätten Vorbild sein.⁴⁸

Vermittlungsabsicht

Das pädagogische Angebot der Initiative Riebeckstraße 63 hat zum Ziel, historisches Wissen zu vermitteln. Die zentrale Absicht besteht darin, deutlich zu machen, dass Menschen an diesem Ort Unrecht angetan wurde, selbst wenn dies in den jeweiligen Epochen geltendem Recht entsprach. Es handelt sich bei dem Gebäudekomplex der Riebeckstraße 63 um einen Ort der Normierung und Gewalt gegenüber unterschiedlichen Personengruppen, die jedoch alle als

⁴⁷ Vgl. Kleiber, Lore: Der kritische Blick in Berufsgeschichten. Die Verknüpfung von Berufserfahrungen und Geschichtsbewusstsein am historischen Ort, in: Gryglewski, Elke; u. a. (Hg.): Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen, Berlin 2015, S. 320.

⁴⁸ Mitteilung über das inklusive Bildungsangebot der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein: <https://www.stsg.de/cms/pirna/aktuelles/inklusives-bildungsangebot-der-gedenkstaette-pirna-sonnenstein>, zuletzt eingesehen: 27.08.2024.

gesellschaftliche Außenseiter:innen galten. Wer davon betroffen war, unterlag den gesellschaftlichen Moralvorstellungen und Ideologien ihrer jeweiligen Epochen. Es soll ein pädagogisches Angebot geschaffen werden, welches ein entdeckendes Lernen gestattet und den Besucher:innen die Möglichkeit bietet, auf individuelle Interessenschwerpunkte einzugehen. Besucher:innen sollen u. a. angeleitet werden, historische Quellen kritisch zu hinterfragen und zu interpretieren. Bereits existierende Vorstellungen über den Ort und die Geschichte der jeweiligen Zeitschichten, aber auch gegenüber den einzelnen Opfergruppen sollen hinterfragt, gegebenenfalls korrigiert und ergänzt werden. Durch den Dialog mit den pädagogischen Mitarbeiter:innen, der eigenständigen Erarbeitung von historischen Inhalten und der Förderung von Reflexion wird ein kritisches Bewusstsein für Geschichte entwickelt oder gestärkt. Die Besucher:innen sollen bei der Teilnahme an einem Bildungsangebot der Frage nachgehen, was die Themen, die am Erinnerungsort Riebeckstraße 63 verhandelt werden, mit ihnen zu tun haben. Eine wichtige Rolle innerhalb des Bildungsangebots spielt die Arbeit mit Biografien, mit denen sich das Verständnis von historischen Zusammenhängen erweitern lässt. Mithilfe biografischer Zugänge wird eine Individualisierung von Schicksalen ermöglicht, dabei soll die Gelegenheit bestehen, sich Personen, die an dem Ort eine Leidensgeschichte erfahren haben, empathisch zu nähern. Gleichzeitig werden Aspekte wie Solidarität und Widerstand hervorgehoben, um die Betroffenen nicht als passive Individuen darzustellen.

Eine große Opfergruppe in der Riebeckstraße 63 wurde unter dem Vorwand der „Asozialität“ interniert. Dabei handelt es sich um einen Begriff, der sich in der Weimarer Republik herausbildete.⁴⁹ Zuvor wurden diese Personen bspw. als lichterlich, trunksüchtig etc. bezeichnet. Diese Gruppe von gesellschaftlichen Außenseiter:innen erfährt bis heute wenig Aufmerksamkeit und Beachtung ihres Leids. Das zeigt etwa die erst im Jahre 2020 durch den Bundestag erfolgte Anerkennung von „Berufsverbrechern“ und „Asozialen“ als Opfer des Nationalsozialismus.⁵⁰ Hier kommt einem dauerhaften Erinnerungsort eine besondere Verantwortung zu. Neben den Biografien von Opfern und Betroffenen der Riebeckstraße 63 sollen durch einen multiperspektivischen Ansatz auch andere Protagonist:innen in den Blick genommen werden, wie etwa Angestellte auf dem Gelände, Personen der Stadtverwaltung und die lokale Bevölkerung. Dabei sollen Handlungsräume einzelner Personen ergründet werden und erinnerungskulturelle Themensetzungen die

⁴⁹ Vgl. Ayaß, Wolfgang: „Asozial“. Aufstieg und Niedergang eines Kernbegriffs der sozialen Ausgrenzung, Berlin 2023, S. 11.

⁵⁰ Vgl. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/077/1907736.pdf>, zuletzt eingesehen: 16.07.2024.

heterogene Gesellschaft widerspiegeln – schließlich erfordert eine diverse Gesellschaft diverse Perspektiven.⁵¹ Daher muss ein entsprechendes Angebot ebenfalls migrantische und queere Perspektiven miteinbeziehen. Es ist wichtig, den Besucher:innen die Kontinuitäten und Brüche der einzelnen Zeitschichten bewusst zu machen. Denn kein Kapitel, das in der Riebeckstraße 63 verhandelt wird, stand abgeschlossen für sich. Die Geschichte des Areals bietet eine Vielzahl an Themen, die bis heute von hoher Aktualität sind, darunter die Anpassung an gesellschaftliche Normen, die Ablehnung von Individualität oder Debatten um Gemeinwohl vs. individuelle Entscheidungsfreiheit. Hier lassen sich zahlreiche Anknüpfungspunkte an zeitgenössische, gesellschaftliche Debatten finden, die Eingang in die Pädagogik des Ortes finden sollen. Dies stellt sowohl eine Chance als auch eine Herausforderung für die Bildungsarbeit dar.

Elemente der Vermittlungsarbeit

Die Initiative Riebeckstraße 63 kann bereits jetzt ein bestehendes pädagogisches Angebot aufweisen, welches durch die Arbeit von Ehrenamtlichen realisiert wird. Dieses besteht aus einer Geländeführung, einem Audiowalk und einer Ausstellung. Gerade Letztere ist aufgrund des aktuellen Forschungsstandes noch bewusst fragmentarisch gehalten. Die Initiative Riebeckstraße 63 muss ihr pädagogisches Angebot allerdings erweitern, um die genannten Zielgruppen besser zu erreichen. Pädagogische Mitarbeiter:innen sollen Schwerpunktführungen, Workshops und Projekttagge konzipieren, die vor Ort durchgeführt werden. Im Fokus stehen dabei sowohl einzelne Zeitschichten (Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, DDR), als auch epochenübergreifende Themen (Arbeit, Gesundheit, Fürsorge, Ausgrenzung etc.). Letztere bieten die Möglichkeit, pädagogische Angebote nicht nur auf den Geschichtsunterricht, sondern auch auf andere Fächer zuzuschneiden. Thematische Schwerpunkte können hier auch bei Themen wie „Menschenbilder“ und Medienkompetenz liegen. Ein weiterer Schwerpunkt sollen die Erzählungen von Zeitzeug:innen bilden.

Neben den einzelnen Angeboten sollen zudem pädagogisches Material und Handreichungen für Schulen und Bildungseinrichtungen entstehen, welche es Multiplikator:innen ermöglichen, einen Besuch in der Riebeckstraße 63 vor- und nachzubereiten. Diese werden darauf ausgerichtet sein, insbesondere im sächsischen

⁵¹ Vgl. Entwicklungskonzeption StSG, S. 30.

Lehrplan gut integrierbar zu sein. Hierbei spielt der digitale Raum für die zukünftige Arbeit der Initiative eine zentrale Rolle, um Bildungsinhalte einer möglichst breiten Zielgruppe einfach zugänglich zu machen sowie ortsunabhängig anzubieten. Digitale Angebote sollen entwickelt und stetig erweitert werden, um in der modernen Gedenkstättenarbeit relevant zu bleiben und die eigene Reichweite zu erweitern. Dabei sollen auch innovative Zugänge auf dem Gelände zum Einsatz kommen. Elemente wie Augmented Reality können den Besucher:innen einen virtuellen Zugang ermöglichen und die komplexe Baugeschichte sichtbar machen.⁵²

Bei der Gestaltung des pädagogischen Angebotes soll auch die sprachliche Ebene berücksichtigt werden. Damit ein möglichst breites Publikum erreicht werden kann, soll ein Teil des pädagogischen Angebots in mehreren Sprachen sowie in Einfacher Sprache angelegt werden. Gleichzeitig erfordern Themen wie sexualisierte Gewalt, die in der Geschichte der Riebeckstraße 63 eine Rolle spielten, einen besonders sensiblen Umgang.

Um Menschen zu erreichen, die sich durch die klassischen gedenkstättenpädagogischen Angebote nicht direkt angesprochen fühlen, sollen Filmvorführungen, Lesungen, kreative Workshops und Kunstprojekte die Möglichkeit bieten, sich dem historischen Gegenstand anzunähern.

Das pädagogische Angebot soll eine regelmäßige Evaluation durchlaufen. Hierbei wird durch die Rückmeldung der Besucher:innen sowie der Zusammenarbeit mit Fachleuten aus dem Bereich der Erinnerungskultur oder der Geschichtspädagogik versucht, kontinuierlich Verbesserungen vorzunehmen.

Ergebnisse einer solchen Pädagogik

Besucher:innen der Riebeckstraße 63, insbesondere junge Menschen, sollen durch die Vermittlungsarbeit einen Anstoß erhalten, sich aktiv in die Erinnerungskultur einzubringen und dadurch aktuelle gesellschaftspolitische Debatten zu bereichern. Sie können somit zu aktiven Träger:innen von Erinnerungskultur werden. Das Bildungsangebot wird dem partizipativen Charakter der Initiative entsprechen und Besucher:innen dazu einladen, sich an deren Arbeit zu beteiligen. Durch die Reflexion der historischen Inhalte soll auch ein Transfer in die Gegenwart gewährleistet werden. Mit ihren Angeboten wird die Riebeckstraße 63 ein Ort des Austausches

⁵² So erstreckte sich das Gelände der Riebeckstraße 63 über einen sehr viel größeren Raum als heute sichtbar. Zudem wurden einige der Gebäude gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zerstört.

und der Begegnung sein. Demokratiebildung soll mithilfe gelebter demokratischer Werte ermöglicht und gestaltet werden.⁵³ Pädagogische Angebote, Abendveranstaltungen, Gesprächsformate und Peer-to-Peer-Projekte werden dementsprechend an demokratischen Prinzipien orientiert sein. Das schließt Teilnehmendenorientierung und Partizipationsmöglichkeiten ein. Die im Beutelsbacher Konsens (1976) und der Frankfurter Erklärung (2015) verhandelten Fragen zu politischer Bildung beinhalten für die Entwicklung und kontinuierliche Weiterentwicklung des pädagogischen Programms der Riebeckstraße 63 wichtige Orientierungspunkte.

Als Ort mit über 100jähriger Geschichte ist die Riebeckstraße 63 besonders geeignet, Demokratiegeschichte anhand der Schwerpunkte Ausgrenzung, Arbeitszwang und Abweichung historisch abzubilden und zu vermitteln. Hierzu sind insbesondere die Übergänge demokratischer in autoritäre Ordnungen, und umgekehrt, hervorzuheben. Sie sensibilisieren dafür, wie fragil demokratische Strukturen sein können, wie sie gesellschaftliche Teilhabe fördern oder blockieren, und welche zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume sie öffnen, aber auch schließen können.

Mit diesem Ansatz möchte die Riebeckstraße 63 ein proaktiver Part der lokalen, regionalen und überregionalen Bildungslandschaft sein, der über die Geschichte des Ortes informiert und zugleich für antisemitische, rassistische, homophobe, misogyne und sozialdarwinistische Ausgrenzungsmechanismen sensibilisiert und diese – dort wo sie heute wirksam sind – sichtbar macht.

⁵³ Vgl. Schellenberg, Martin: Historisches Lernen und Demokratievermittlung, in: Engelhardt, Kerstin; u. a.: Kontroverse Geschichte(n) – Pädagogik an Lernorten zur SBZ und DDR, Berlin 2017, S. 11, online unter: <https://www.ejbweimar.de/workspace/dokumente/kontroverse-geschichte-n-artikel.pdf>, zuletzt eingesehen: 10.09.2024.

7. Aussagen zu originaler Bausubstanz

Das Areal der heutigen Riebeckstraße 63 sowie umliegende, nicht zusammenhängende Mauerreste stehen unter dem Titel „Gebäude einer ehemaligen Arbeitsanstalt, mit Einfriedung [...] sowie mit Garten; Klinkergebäude, ortshistorisch von Bedeutung“ als Sachgesamtheit unter Denkmalschutz (Objekt Nr. 09305845 & 09291842).⁵⁴ Von den 1892 errichteten sieben Hauptgebäuden (Pförtnerhaus, Verwaltungsgebäude, Wirtschaftsgebäude, vier Häuser für Unterbringung und Arbeit) stehen heute noch fünf. Das heutige Haus 2 wurde durch Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg stark zerstört, aber nach Kriegsende wieder aufgebaut und zusätzlich verputzt. Bis heute hebt es sich dadurch vom restlichen Gebäudeensemble ab, welches in seiner Erscheinung als Backsteinbau noch weitestgehend dem Erbauungszeitraum entspricht.



Abbildung 2: Mauerreste der Arbeitsanstalt zwischen Parkplatz der Thonbergklinik und Erlöserkirche (Sammlung Riebeckstraße 63, 2021).

⁵⁴ <https://www.lfd.sachsen.de/denkmalliste.html>, zuletzt aufgerufen: 05.12.2024.

Das ursprüngliche Areal umfasste von seiner Gründung bis in die DDR-Zeit außerdem noch Gelände der heutigen Liegenschaften Riebeckstraße 65 sowie Dauthestraße 1 und 1a. Auf diesen Grundstücken haben sich lediglich die eingangs erwähnten Mauerreste der Arbeitsanstalt erhalten. Die beiden südlich gelegenen Gebäude, die sich dort befanden, wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs abgerissen. Die Grundstücke gehören heute zur Evangelisch-Lutherischen Erlöserkirchgemeinde Thonberg (Dauthestraße), die dort 2006 einen Kirchenneubau fertigstellte sowie zur Thonbergklinik (Riebeckstraße), die sich in Trägerschaft der Praxisnah MVZ GmbH befindet.

Die größtmögliche Bebauung und Ausdehnung der Arbeitsanstalt bestanden nach jetzigem Kenntnisstand in den Jahren 1942–1944. Neben den sieben Hauptgebäuden befanden sich noch ein Anbau am Pförtnerhaus, eine Baracke, 13 verschieden große Schuppen bzw. Ställe sowie eine unbekannte, vermutlich einstellige Anzahl an Gewächshäusern auf dem Areal.⁵⁵ Diese Gebäude wurden entweder in Folge von Bombardierungen zerstört (vgl. Abbildung 1) oder bis in die 1990er Jahren abgerissen.

Das Areal Riebeckstraße 63 befindet sich auch heute in städtischer Trägerschaft. Seit Ende der 1990er Jahre ist der Städtische Eigenbetrieb Behindertenhilfe (SEB) für die Verwaltung des Geländes zuständig.

Aktuell sind alle fünf erhaltenen Gebäude in Nutzung. Im ehemaligen Pförtnerhaus befinden sich unser Vereinssitz sowie eine Trafostation des SEB. In Haus 1 ist die Verwaltung des SEB untergebracht; in Haus 2 eine Kindertagesstätte; in Haus 3, dem ehemaligen Wirtschaftsgebäude, sind die Hausmeisterei und Gärtnerei des SEB sowie Wohngruppen für Jugendliche; Haus 4 beherbergt geflüchtete Familien. Das Innere der Gebäude ist in den vergangenen Jahrzehnten häufig umgebaut und an die jeweiligen Anforderungen angepasst worden. Die ursprüngliche Raumaufteilung bzw. deren Erscheinungsbild hat sich in keinem der Gebäude wesentlich erhalten.

⁵⁵ Bauaktenarchiv Leipzig, Riebeckstraße 63 Bd. I (1906–1942), o.P.

Spuren der Nutzung als Städtische Arbeitsanstalt und ihrer Nachfolgeeinrichtungen

Auf den ersten Blick lässt nichts auf die historische Nutzung des Areals als Städtische Arbeitsanstalt und ihre Nachfolge- und Nebeneinrichtungen schließen. Einige wenige Spuren lassen sich bei näherer Betrachtung noch ausmachen:

Über dem Eingangstor von Haus 4, dem ehemaligen Verwaltungsgebäude, findet sich die deutlichste und am prominentesten sichtbare Spur. Dort angebracht ist ein Sandsteinrelief mit einer Abbildung des „Heiligen Georg“, der mit einer Lanze auf einen Drachen einsticht (Abbildung 3).



Abbildung 3: Sandsteinrelief des „Heiligen Georg“ über dem Eingangstor des ehemaligen Verwaltungsgebäudes (Josefine Ulbricht, 2019).

Am selben Gebäude findet sich unter dem Giebel, nur noch schwer lesbar, die Inschrift: „Arbeitshaus zu St. Georg“. (Abbildung 4) Sie verwittert stetig.



Abbildung 4: Inschrift „Arbeitshaus zu St. Georg“ 1989 (links) und 2024 (rechts) (Stadtarchiv Leipzig, 0533, Nr. 64 (Fotosammlung Helmut-Henning Schimpfermann) & Sammlung Riebeckstraße 63).

Die Außenmauer mit ihren regelmäßig angeordneten Zinnen ist in großen Teilen noch erhalten und prägt die Ansicht auf das Areal aus Richtung Riebeckstraße. Sie dokumentiert die bis heute weitgehend beibehaltene Abgeschlossenheit des Areals.

Weiterhin finden sich Spuren, die nur mittelbar Hinweise auf die konkrete Geschichte des Ortes geben. Beispielsweise lassen die Ausmaße des heutigen Haus 3, vor allem dessen rückseitig gelegener Teil, Rückschlüsse auf seine ehemalige Funktion als Wirtschaftsgebäude zu. Das Gebäude hebt sich in seiner Erscheinung, nicht zuletzt durch die flache Bauweise, von den anderen Gebäuden ab, die der Unterbringung von Personen dienten. Mit dem Abriss des Schornsteins in den frühen 1990er Jahren verlor das Gebäude ein entscheidendes ursprüngliches Merkmal.

Die Streuobstwiese der Arbeitsanstalt und ihrer Nachfolgeeinrichtungen musste 2022 dem Parkplatz für das Verwaltungsgebäude des Trägers weichen. Die Ausgleichspflanzungen können den ursprünglichen Eindruck nicht ersetzen oder auch nur erahnen lassen. Auch wenn Wirtschaftsgebäude und Streuobstwiese keinesfalls als Alleinstellungsmerkmale von Arbeitsanstalten gelten können, erzählen sie am historischen Ort, mit ein wenig Kontextualisierung, von wesentlichen Funktionen des Areals.

Spuren von An-, Um- und Rückbauten

Von zahlreichen An-, Um- oder Rückbauten zeugen unterschiedlich ausgeprägte Spuren auf dem Gelände. Einige davon wurden im Rahmen der Erstellung des Gedenkstättenkonzepts erstmals systematisch erfasst. Zu nennen sind exemplarisch:

- Die Dimensionen des im Jahr 1925 errichteten Anbaus auf der Rückseite des Pförtnerhauses lassen sich durch minimale Spuren des Abbruchs und der Farbgebung am Mauerwerk auch heute noch rekonstruieren.
- An der Innenseite der Außenmauer hinter dem heutigen Haus 3 befindet sich eine Betonplatte mit der Aufschrift „Erbaut im Kriegsjahr 1940“ und einem Reichsadler. Das dazugehörige Hakenkreuz wurde zu einem unbekannten Zeitpunkt herausgemeißelt. (Abbildung 5) An dieser Stelle befand sich eine Schweinemastanlage.⁵⁶



Abbildung 5: Betonplatte an der südöstlich gelegenen Außenmauer (Sammlung Riebeckstraße 63, 2024).

Geplanter Umgang und notwendige Investitionen

Als wichtiger nächster Schritt steht eine umfassende Sichtung und Auswertung der im Bauaktenarchiv der Stadt Leipzig lagernden Bestände (fünf umfangreiche Akten, von denen bisher nur zwei eingesehen werden konnten) zum Areal an. Die

⁵⁶ Stadtarchiv Leipzig, HBA Nr. 218, Bl. 6; Stadtarchiv Leipzig AFSA Nr. 1787.

bereits begonnene Erfassung der baulichen Substanz und baulicher Spuren mittels Foto- und Videodokumentation werden wir ebenfalls weiterführen.

Mit dem SEB gab es bereits Gespräche über einen möglichen Witterungsschutz für die am ehemaligen Verwaltungsgebäude befindliche Inschrift „Arbeitshaus zu St. Georg“ sowie die im hinteren Geländeteil befindliche Platte mit Reichsadler und dem Schriftzug „Erbaut im Kriegsjahr 1940“. Umsetzbarkeit und zu erwartende Kosten müssen noch bestimmt werden.

In den nächsten Jahren sind darüber hinaus keine größeren Kosten für die Instandhaltung/Denkmalschutz für uns zu erwarten. Die (denkmalgerechte) Instandhaltung der Liegenschaft Riebeckstraße 63 wird vom SEB übernommen. Das ehemalige Pförtnerhaus wurde inzwischen denkmalgerecht renoviert und auf die Bedürfnisse unserer Initiative angepasst. Wir stehen dem Träger wie auch den Denkmalschutzbehörden mit unserer historischen Expertise und den erschlossenen Bildquellen auch zukünftig beratend zur Seite.

8. Stand der musealen Sammlung

Die museale Sammlung unseres Erinnerungsortes besteht im Wesentlichen aus Digitalisaten von Archivakten, Fotos oder Zeitungsartikeln. Hinzu kommen etwa 400 Blatt Originaldokumente und eine geringe Anzahl von Objekten. Geplant ist, die Sammlung fortwährend durch Leihgaben, Schenkungen und Käufe zu erweitern. Die materiellen Zeugnisse dienen der Forschung über die Geschichte des Areals und können in Ausstellungs- und andere Vermittlungsformate integriert werden.

Objekte

- *Zwei Siegelmarken der „Städtische Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg“ (vor 1909) (Maße: 3,4cm bzw. 3,6cm Durchmesser):* Es handelt sich um eine Schenkung der Gedenkstätte für Zwangsarbeit aus dem Jahr 2022. Die Marken wurden antiquarisch im Onlinehandel erworben. (Abbildung 6)



Abbildung 6: Siegelmarke aus der Gründungszeit der Arbeitsanstalt (Sammlung Riebeckstraße 63).

- *Drei Bodenfliesen aus dem ehemaligen Wirtschaftsgebäude* (vermutlich um 1892) (Maße: Fliese 1 und 2 sind achteckig und haben einen Durchmesser von 16,8cm; Fliese 3 ist quadratisch und hat einen Durchmesser von 6,7cm): Die Bodenfliesen wurden 2020 nach Umbaumaßnahmen von den Hausmeistern des SEB übergeben.
- *Rückwand eines Holzspinds mit Reichsadler* (vermutlich nach 1936 hergestellt/mit Brandzeichen versehen) (Maße: 175x25x1,8cm): Die Rückwand wurde 2023 von Hausmeistern des SEB bei Aufräumarbeiten gefunden und uns übergeben. Der Rest des Spinds hat sich nicht erhalten. Auf der Rückwand befindet sich ein Brandzeichen mit Reichsadler und Hakenkreuz und den Buchstaben „HU“ (für Heeresunterkunft).
- *Fotoalbum aus der Zeit der Enthospitalisierung* (frühe 1990er Jahre) (Maße: 28,6x32,8x4,9 cm): Das Album ist eine Schenkung von Heike L., einer ehemaligen Mitarbeiterin der psychiatrischen Stationen in der Riebeckstraße 63, die von Mitte der 1980er bis Mitte der 1990er auf dem Gelände arbeitete. Sie ist seit einigen Jahren Mitglied unserer Initiative. Die enthaltenen ca. 30 Fotos stammen alle aus den frühen 1990er Jahren. Sie zeigen Umbauten am Areal und an einzelnen Häusern. Hervorzuheben sind

insbesondere Fotos auf denen die Fenstergitter entfernt werden und Fotos, die gemeinsame Ausflüge und Aktivitäten der Enthospitalisierungsgruppe mit den Bewohner:innen der psychiatrischen Stationen zeigen. In seiner Gesamtheit steht das Objekt für die Umbruchsphase und die relativen Spielräume, die sich in der Nachwendezeit im Rahmen der Enthospitalisierung boten.

- *Ein Exemplar „Die Leipziger Andere Zeitung“ Nr. 22 (28. Juni 1990):* Die Titelgeschichte beschreibt die Verhältnisse auf den psychiatrischen Stationen in der Riebeckstraße 63.
- *Ein Blechschild der Städtischen Desinfektionsanstalt (nach 1949) (100x70x0,3cm):* Als Objekt mit mittelbarem Bezug zur Riebeckstraße 63 befindet sich ein Schild der Städtischen Desinfektionsanstalt in der angrenzenden Dauthestraße aus der DDR-Zeit in unserer Sammlung. Es wurde uns 2022 durch einen Mitarbeiter der Städtischen Altenpflegeheime Leipzig gGmbH, Abteilung Ambulante Dienste, übergeben.

Interviews

Bestandteil unserer Sammlung sind Interviews mit vier Aktiven (nicht Betroffenen) der Enthospitalisierungsbewegung, die über ihre Erfahrungen in den 1990er Jahren sprechen. Neben vier weiteren Interviews mit Bewohner:innen der psychiatrischen Stationen in der Riebeckstraße 63, liegen uns auch Interviews bzw. -ausschnitte zu Betroffenen der geschlossenen Venerologischen Station in der Riebeckstraße 63 vor. Diese wurden teilweise im Rahmen der Erarbeitung der Wanderausstellung „Einweisungsgrund: Herumtreiberei“ (2024) von Projektmitarbeiter:innen durchgeführt.

Eine intensive Recherche in einschlägigen Archiven und Interviewdatenbanken (für Verfolgte zwischen 1933 und 1945 beispielsweise im Visual History Archive) steht noch aus.

Fotografien

Abgesehen von den Fotografien aus dem oben erwähnten Fotoalbum, befinden sich keine Originale in unserem Besitz. Die hier beschriebenen Fotos liegen alle als Digitalisate vor. Einige davon werden im Folgenden exemplarisch beschrieben.

Im Rahmen unseres „Offenen Depots“ erhielten wir das Digitalisat eines seltenen Fotos des Anstaltsgeländes aus den 1920er oder 1930er Jahren. Das Foto stammt aus dem Nachlass eines ehemaligen Hauptwachtmeisters der Anstalt und wurde uns von seinem Enkel zur Verfügung gestellt. (Abbildung 7) Daneben haben wir sieben Fotos aus den 1910er und 1920er Jahren, die das Gelände bzw. dort verrichtete Holzarbeiten zeigen.



Abbildung 7: Innenhof der Arbeitsanstalt, vermutlich 1920er oder 1930er Jahre (Privat, Sammlung Familie Sommerfeld).

Ein Bestand von 21 undatierten Fotos aus dem Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig zeigt das Innere von Arrestzellen des sogenannten „Ausländergefängnisses“. Zu sehen sind vor allem Wandinschriften der Inhaftierten. Überdies existieren – verstreut in Arbeitsbüchern verschiedener Firmen, die im Staatsarchiv lagern –, Passfotos von NS-Zwangsarbeiter:innen, die hinter dem Pförtnerhaus der Riebeckstraße 63 aufgenommen wurden.

Ein Fotoalbum aus den 1970er und/oder 1980er Jahren, das sich im Besitz des Leipziger Stadtarchivs befindet, konnte von uns aus datenschutzrechtlichen Gründen noch nicht in Gänze eingesehen werden. Für uns zugänglich waren lediglich einige wenige Fotos, die das Gebäude zeigen.

Dokumente

Neben dem bis hierher aufgezählten Material, ist eine überschaubare Zahl von etwa 400 Blatt Originaldokumenten Teil unserer Sammlung. Wir erhielten sie als Konvolut im Jahr 2024 als Schenkung vom Sächsischen Psychiatriemuseum und aus dem Privatbesitz ehemaliger Aktiver der Enthospitalisierungsbewegung. Die Dokumente stammen teils aus den 1970er und 1980er Jahren und beziehen sich auf die Geschlossene Venerologische Station.

Unsere Sammlung besteht darüber hinaus, wie eingangs erwähnt, vornehmlich aus digitalisierten Archivakten und Zeitungsartikeln. Durch die Möglichkeit, das Pressearchiv des Städtischen Eigenbetriebs zu nutzen, verfügen wir über Digitalisate von mehr als 50 Zeitungsartikeln und kurzen Pressenotizen aus den 1990er und 2000er Jahren, in denen die Riebeckstraße 63 erwähnt wird.

Im Rahmen eines 2023 von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten geförderten Projekts zur Recherche der Baugeschichte konnten Akten im Stadtarchiv gesichtet, verschlagwortet und teilweise ausgewertet werden. Ergänzende Recherchen von mehreren Hundert Blatt Akten im Bauaktenarchiv sollen in den nächsten beiden Jahren abgeschlossen werden.

Nicht zuletzt im Rahmen der Konzeption von Bildungsmaterial sollen Forschungen zu den Biografien von Betroffenen intensiviert werden. Erste Ergebnisse unserer personenbezogenen Recherchen finden in Form von „Biografieboxen“ (bestehend aus Lebensläufen und einschlägigen Dokumenten, vor allem in Verbindung zur Riebeckstraße 63) Eingang in unsere Werkstattausstellung (siehe Kapitel 9. Ausstellungskonzept).

Wir schätzen, dass wir bereits mehr als ein Drittel der größtenteils im Stadtarchiv Leipzig aufbewahrten Verwaltungsakten der Anstalt bis in die 1940er Jahre hinein gesichtet haben. Das ist hilfreich, um Auskünfte bei Forschungs- oder Betroffenenanfragen sowie deren Angehörigen geben zu können. Dabei stoßen wir immer wieder an unsere Grenzen, da vor allem zu Psychiatrien und Sozialheimen in der DDR-Zeit bisher kaum etwas bekannt ist. Wir erhoffen uns weitere allgemeine

Erkenntnisse, insbesondere durch die Sichtung von Akten aus der in den frühen 2000er Jahren in der Riebeckstraße 63 gefunden „Insassinnenkartei“ (1911–1965) und etwa 700 Einzelfallakten (1921–1978). Die umfassende Einsichtnahme in diese beiden zentralen Aktenbestände ist dank eines intensiven Austauschs mit dem Stadtarchiv ab 2025 möglich. Daneben warten wir auf die Erschließung und Freigabe eines Aktenkonvoluts mit ähnlicher Provenienz, das wir dem Stadtarchiv 2023 übergeben haben. Hierbei handelt es sich um mehrere hundert Karteikarten und mehr als hundert Einzelfallakten aus verschiedenen Einrichtungen, die während der DDR-Zeit in der Riebeckstraße 63 bestanden haben.

Für die nächsten beiden Jahre sind zudem weitere systematische Recherchen beispielsweise in den Polizeiakten des Staatsarchivs Leipzig, dem United States Holocaust Memorial Museum und den Arolsen Archives geplant.

Stand der Erschließung

Die oben aufgelisteten Dokumente und Fotografien sind bereits in einer Datenbank erfasst. Mit der kontinuierlichen Erweiterung der Sammlung sollen auch die Objekte inventarisiert und in ein modernes, digitales Datenbanksystem eingepflegt werden. Sie werden an einem geeigneten Ort unter aktuellen konservatorischen Bedingungen aufbewahrt.

Eine Transkription oder Verschlagwortung der Interviews hat noch nicht stattgefunden. Die systematische Erfassung und inhaltliche Auswertung der in unserer Sammlung befindlichen Originaldokumente steht noch aus. Für Archivalien aus externen Archiven liegen teilweise schlagwortartige Exzerpte vor, bei der Mehrzahl der Akten liegen lediglich Digitalisate vor. Auch hier stehen die systematische Erfassung und Auswertung noch aus. Im Rahmen des Projekts zur Ausarbeitung des vorliegenden Konzepts konnten entsprechende Dokumente (Datenbank/Excel-Tabelle) zur Verschlagwortung vorbereitet werden.

9. Ausstellungskonzept

Die Möglichkeiten, eine Dauerausstellung zur Geschichte des Areals Riebeckstraße 63 umzusetzen, sind vor allem durch Platzmangel eingeschränkt. Unsere Initiative nutzt den zur Verfügung stehenden Platz als Ausstellungsfläche und für Austausch. Kurz nachdem uns ein erster Raum im ehemaligen Pförtnerhaus zur Verfügung stand, boten wir im Jahr 2022 über mehrere Monate ein „Offenes Depot“ an. Dies war eine erste öffentliche Präsentation von Fragmenten, Quellen und Fundstücken, die aus den Recherchen der Initiative Riebeckstraße 63 hervorgegangen sind. Unser Ziel war es, einer interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, sich vor Ort einen Überblick über die Geschichte des Areals zu verschaffen. Wir boten damit auch einen Rahmen, in dem ehemals Betroffene sowie ehemalige Mitarbeiter:innen, Angestellte und deren Angehörige Dinge und Geschichten über die Riebeckstraße 63 mit uns teilen konnten. Neben unseren eigenen Recherchen bildete dies einen wichtigen Grundstein für die Erarbeitung einer ersten längerfristigen Ausstellung. Das Ausstellungsprojekt wurde 2024 maßgeblich durch das Kulturamt der Stadt Leipzig gefördert und war nur durch die Erweiterung unserer Vereinsräumlichkeiten um einen zweiten Raum im ehemaligen Pförtnerhaus sinnvoll umsetzbar.

Werkstattausstellung

Im Februar 2025 eröffneten wir im ca. 26m² großen Nebenraum des ehemaligen Pförtnerhauses die Werkstattausstellung „Ausgrenzung, Arbeitszwang & Abweichung. Werkstattausstellung zur Riebeckstraße 63 in Leipzig“. Ein hervorzuhebendes Merkmal der Ausstellung ist die Barrierearmut, die sowohl über den räumlichen Zugang als auch die Konzeption gewährleistet wird. Neben einer Braillebroschüre mit Ausstellungstexten, ist es besonders der modulare Charakter der Ausstellung mit ihrem French Cleat System, das eine flexible Anpassung der Rezeptionshöhe der Exponate ermöglicht.

Geplant ist eine Erweiterung der Ausstellung für den Außenbereich des Areals in Form von Informationsstelen. Die Stelen sollen die Ausstellung mit dem bereits bestehenden Audiorundgang verknüpfen. Die Stelen ermöglichen zudem eine individuelle Erschließung der Geschichte des Geländes – auch außerhalb der

Öffnungszeiten. Für die Umsetzung des Projekts konnten 2025 erste Gelder erworben werden.

Außerdem wird zukünftig ein pädagogisches Angebot erarbeitet, das sich in erster Linie an Schulklassen richtet. Wann eine Umsetzung der Projekte erfolgen kann, ist abhängig von der Bewilligung von beantragten Mitteln.



Abbildung 8: Blick in die im Februar 2025 eröffnete Werkstattausstellung (Sammlung Riebeckstraße 63, 2025).

Einrichtung einer Dauerausstellung

Die 2025 eröffnete Werkstattausstellung wird mittelfristig, sobald eine entsprechende Erweiterung unserer Räumlichkeiten und finanzielle Mittel es ermöglichen, in eine Dauerausstellung überführt werden. Neben der chronologischen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes, die den Besucher:innen weiterhin zur Orientierung angeboten wird, sollen dort epochen- und systemübergreifende Aspekte thematisiert werden. Die Dauerausstellung soll nach Möglichkeit über eigene

Themenräume bzw. -bereiche verfügen, die, ausgehend von der Geschichte des Areals, Begriffe wie Unangepasstheit, Gesundheit, Arbeit oder Sozialchauvinismus und deren Implikationen für unsere heutige Gesellschaft in den Blick nehmen. Biografien von Betroffenen sowie von Täter:innen bzw. Verantwortlichen werden auf visueller Ebene eine prominentere Rolle spielen als in der Werkstattausstellung. Die in den nächsten Jahren zu leistende Forschungsarbeit, aber auch der Austausch mit noch lebenden Betroffenen und Angehörigen werden die Integration von zahlreichen Interviews und Ego-Dokumenten ermöglichen. Die Ausstellung soll außerdem eine Vielzahl digitaler Elemente anbieten, wie etwa Animationsfilm- und Augmented-Reality-Elemente sowie Interaktionsmöglichkeiten für die Besucher:innen. Teile der Ausstellung sollen zudem online zugänglich sein. Wie schon für die Werkstattausstellung soll Barrierearmut das leitende Motiv der Konzeption sein.

Wanderausstellungen

Neben der bereits erwähnten Wanderausstellung „Einweisungsgrund: Herumtreiber“, die im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau und gefördert von der Bundesstiftung Aufarbeitung entstand, sind weitere Wander- und Wechselausstellungen geplant. Hier wollen wir Themen in den Blick nehmen, die sich ausgehend von der Geschichte der Riebeckstraße 63 epochenübergreifend darstellen lassen: Dazu zählen beispielsweise der gesellschaftliche Umgang mit Prostitution, Arbeit oder Gesundheit/Krankheit. Daneben planen wir, gemeinsam mit wechselnden Kooperationspartnern und abhängig von den räumlichen und finanziellen Möglichkeiten, Wechselausstellungen nach Leipzig zu holen.

Bis auf Weiteres können wir Wanderausstellungen nur in externen Räumlichkeiten zeigen. Die Nutzung des zukünftig zur Verfügung stehenden Raumes für eine eigene Dauerausstellung hat Priorität.

10. Raumplanung

Das ursprüngliche Areal, auf dem ab 1892 die städtische Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg errichtet wurde, umfasste eine Fläche von 28.000 Quadratmetern. Von den sieben Gebäuden, die während der größten Bebauungsphase des Geländes existierten, sind infolge der Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg nur noch fünf erhalten: das ehemalige Wirtschaftsgebäude, das Verwaltungsgebäude, zwei Häuser zur Unterbringung männlicher Arbeiter und das Pfortnerhaus. Verschiedene Elemente der originalen Bausubstanz sind heute noch vorhanden (siehe Kapitel 6. Aussagen zu originaler Bausubstanz). Allerdings sind große Teile des Geländes stark überformt, was sowohl die Fassaden und stärker noch das Gebäudeinnere betrifft. Durch die nahezu durchgehende Nutzung des Geländes wurden die Gebäude an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst und weitestgehend instandgehalten.

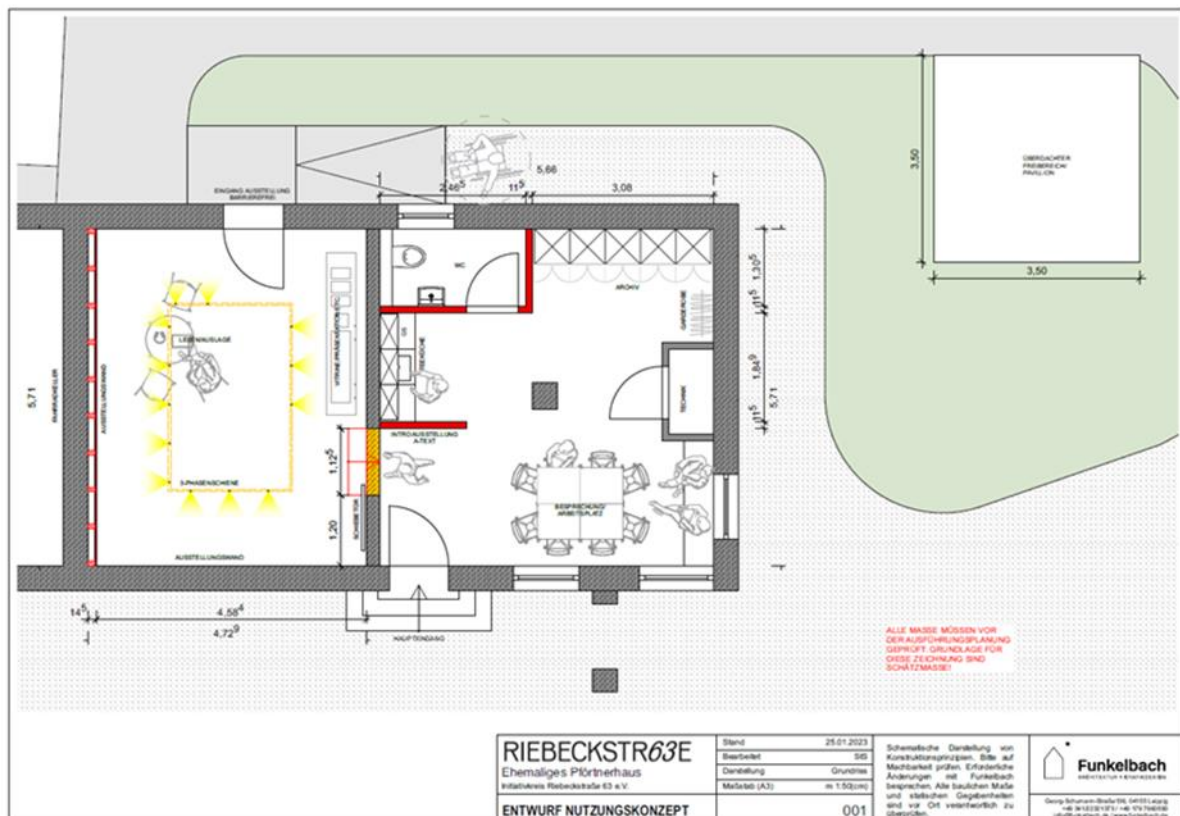


Abbildung 9: Entwurf der Nutzung der beiden Räume und des Außenbereichs durch „Funkelbach Büro für Architektur + Grafikdesign“, Stand 2023.

Das Gelände gehört seit den 1990er Jahren dem Städtischen Eigenbetrieb Behindertenhilfe (SEB). Seit 2022 stand der Initiative zunächst ein Raum des ehemaligen Pförtnerhauses zur Verfügung; seit 2024 kann ein zweiter, angrenzender Raum genutzt werden. Insgesamt umfasst die aktuell nutzbare Fläche etwa 58m². Im größeren Raum mit einer Fläche von 32m² befinden sich ein separates Badezimmer, eine Küchenzeile, ein Archivschrank und zwei bis drei Arbeitsplätze. Im kleineren, barrierearm zugänglichen Raum mit ca. 26m² ist die von der Initiative konzipierte Werkstattausstellung untergebracht.

Die begrenzten Räumlichkeiten stellen eine Herausforderung für die Arbeit der Initiative dar. Schon jetzt besteht eine hohe Nachfrage nach Bildungsangeboten der Initiative, obwohl umfassendes Bildungsmaterial voraussichtlich erst Ende 2025 im Rahmen eines von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten geförderten Projekts erstellt wird. Bislang kann witterungsbedingt nur von März bis Oktober monatlich ein historischer Rundgang über das Gelände angeboten werden. An den Geländeführungen nehmen konstant 30 bis 40 Teilnehmer:innen teil. Zudem erhält die Initiative zahlreiche Anfragen von Gruppen, die an pädagogischen Angeboten interessiert sind, darunter Seminare verschiedener Universitäten, Schulklassen und Jugendgruppen aus der Region sowie darüber hinaus. Für die Durchführung dieser Bildungsangebote stehen jedoch keine geeigneten Räume zur Verfügung, weshalb stets alternative Räumlichkeiten angefragt und organisiert werden müssen. Auch interne Treffen sind von der Enge der Räumlichkeiten betroffen: Zu den monatlichen Treffen der Initiative kommen zehn bis 15 Personen, allerdings reicht der Platz im Pförtnerhaus bereits bei mehr als acht Teilnehmenden kaum aus.

Um als Initiative besser arbeiten zu können und der Nachfrage nach pädagogischen Angeboten gerecht zu werden, ist eine räumliche Erweiterung dringend erforderlich. Angedacht sind folgende Räume:

- Zweites Büro für Mitarbeiter:innen (min. 20m²).
- Raum für Archiv und Depot mit entsprechenden klimatischen Bedingungen (min. 20m²).
- Räumlichkeiten für eine langfristige Dauerausstellung und Wechselausstellungen (min. 50m²).
- Veranstaltungsraum (min. 40m²).
- Raum für pädagogische Angebote⁵⁷ (min. 40m²).

⁵⁷ Eine Doppelnutzung von Räumlichkeiten, die für Pädagogik angedacht sind, ist zu vermeiden.

Dies würde eine Erweiterung der Räumlichkeiten in einem ersten Schritt um eine angestrebte Quadratmeterzahl von mindestens 170m² bedeuten. Perspektivisch ist von einem höheren Raumbedarf auszugehen, zum einen um ausreichend Arbeitsplätze für das wachsende Kollegium bereitstellen zu können; zum anderen, um größere Veranstaltungen vor Ort durchführen zu können. Mit zunehmender wissenschaftlicher Erschließung der Geschichte der Riebeckstraße 63 wird zudem die Dauerausstellung erweitert werden müssen.

Um die angestrebte Vergrößerung der Räumlichkeiten umzusetzen, bestehen folgende Möglichkeiten:

- Nutzung weiterer Räumlichkeiten auf dem Gelände.
- Anbau bzw. Neubau an das Pförtnerhaus.⁵⁸
- Nutzung von Räumlichkeiten außerhalb des Geländes, aber in unmittelbarer Nähe zur Riebeckstraße 63.

Alle Räumlichkeiten sollten auf dem Gelände der Riebeckstraße 63 angesiedelt sein, denn gerade angesichts der begrenzten Anzahl an originalen Erinnerungsobjekten kommt der Architektur des „authentischen“ Ortes als „dar- und ausgestelltes Objekt“⁵⁹ eine besondere Rolle zu. Dass mindestens die Bildungsarbeit und die Ausstellung auf dem Gelände stattfinden können, ist daher entscheidend.



Abbildung 10: Ein Großteil der Mauer, die das Gelände der Riebeckstraße 63 umgibt, liegt an einer vielbefahrenen Straße (Sammlung Riebeckstraße 63, 2024).

⁵⁸ Bereits in der Hochphase der Bebauung des Areals ab Mitte der 1920er Jahre befand sich an dem Pförtnerhaus ein Anbau. Mit einem Neubau würde eine Analogie zur historischen Bebauung geschaffen werden.

⁵⁹ Klei, Alexandra: Der erinnerte Ort. Geschichte durch Architektur, Bielefeld 2011, S. 72.

Derzeit sind alle Gebäude durch den Träger belegt. Ob sich dies in den kommenden Jahren ändern wird, ist ungewiss. Deshalb sind weitere Gespräche mit der Stadt Leipzig sowie dem Träger SEB erforderlich. Büroräume für die zukünftigen Mitarbeiter:innen könnten interimweise außerhalb des Geländes eingerichtet werden. Neben der Erweiterung der Räumlichkeiten ist auch die Öffnung des Areals Riebeckstraße 63 ein wichtiger Schritt für die Zugänglichmachung des historischen Raums. Aktuell vermittelt die umgebende Mauer den Eindruck, dass der Ort für Außenstehende abgeriegelt ist. Das Tor am Eingang stellt eine zusätzliche Hürde dar, selbst wenn es geöffnet ist. Die Lage des Geländes bietet jedoch Potenzial, Passant:innen anzuziehen: Das Pförtnerhaus liegt an einer stark frequentierten Straße. Eine Bus- und Tramhaltestelle befinden sich in unmittelbarer Nähe und bilden einen zentralen Verkehrsknotenpunkt im Leipziger Stadtteil Reudnitz.

Mit verschiedenen Vorhaben wollen wir mehr Personen auf das Gelände aufmerksam machen und zu einem Besuch einladen. Ein erster Schritt zur Öffnung des Geländes besteht in der geplanten Errichtung von Informationsstelen, die über das gesamte Areal verteilt werden sollen. Diese Stelen laden Besucher:innen ein, sich eigenständig über die Geschichte des Ortes zu informieren und dienen gleichzeitig als Orientierungspunkte für Geländeführungen. Eine weitere Möglichkeit, Menschen auf die Geschichte des Ortes und die Arbeit der Initiative aufmerksam zu machen, besteht in der Nutzung der Außenmauer. Historische Fotos könnten hier als Fenster zur Vergangenheit dienen und Passant:innen auf die enorme Größe des Geländes aufmerksam machen – denn oft bleibt diese unbemerkt, wenn man sich nicht bereits auf dem Gelände befindet oder es lediglich passiert.

Zudem sollen in den nächsten Jahren Schilder im Stadtteil aufgestellt werden, die sowohl darauf hinweisen, dass die Riebeckstraße 63 in ihrer Geschichte ein zentraler Ort der Ausgrenzung innerhalb der Leipziger Stadtgesellschaft war, als auch Werbung für die Initiative machen.

11. Beratungsangebot

Die Initiative Riebeckstraße 63 hat sich zum Ziel gesetzt, ein Beratungsangebot zu schaffen, das sich an Frauen richtet, die während der DDR-Zeit in eine geschlossene Venerologische Station (GVS) zwangseingewiesen wurden. In den Sprechstunden sollen Möglichkeiten zur Rehabilitation erörtert und Mithilfe angeboten werden. Der Zweck der Beratung ist unter anderem die Unterstützung bei der juristischen Anerkennung des erfahrenen Unrechts und bei der Beantragung von Entschädigungszahlungen. Auch eine psychosoziale Beratung soll Teil des Programms sein und Betroffenen Informationen und Hilfsangebote vermitteln.

Das Engagement der Initiative sorgt dafür, dass die Geschichte der Riebeckstraße 63 zunehmend öffentlich wahrgenommen wird – und immer mehr Betroffene auf unsere Institution aufmerksam werden. Angebote wie das regelmäßig stattfindende Erzählcafé bringen Betroffene, Angehörige und Interessierte zusammen. Das Erzählcafé ist eine gemeinsame Veranstaltungsreihe mit der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, die sich an Frauen richtet, die während der DDR-Zeit in Geschlossene Venerologische Stationen eingewiesen wurden. Für die Betroffenen bietet dieser Rahmen eine Möglichkeit des Austausches. Gleichzeitig sollen diese weniger bekannten Geschichten und Aspekte des DDR-Unrechts der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Daher sind Interessierte ebenfalls zur Teilnahme eingeladen. Die offene Gesprächsrunde kann von den Anwesenden mit Anregungen und Vorschlägen weiterentwickelt werden. Auch überregional wird uns von Betroffenen das Interesse an der Teilnahme beim Erzählcafé gespiegelt. Tausende Mädchen und Frauen wurden in GVS der DDR zwangseingewiesen. Allein für die GVS in Leipzig sind insgesamt 5.000 Patientinnenakten.⁶⁰ Die Gesamtzahl der Betroffenen dürfte noch höher sein. Dies unterstreicht den Bedarf, der an einem solchen Angebot besteht.

Zwar gibt es bereits verschiedene Beratungsangebote für Opfer von SED-Unrecht, allerdings findet sich darunter kein Angebot, das auf Betroffene der GVS zugeschnitten ist. Die Sächsische Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur bietet an verschiedenen Orten eine Bürgersprechstunde an, die Fragen zur Rehabilitation von SED-Unrecht behandelt. Ehemalige Zwangseingewiesene der

⁶⁰ Vgl. Schochow, Maximilian; Steger, Florian: Politisierte Medizin in der DDR. Geschlossene Venerologische Stationen und das Ministerium für Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv, 09.02.2018, online unter: www.bpb.de/263827, zuletzt eingesehen: 26.09.2024.

GVS haben sich bislang allerdings nicht an diese Stelle gewendet. Die Betroffeneninitiative der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof in Torgau berät Geschädigte von sexuellem Missbrauch in den DDR-Heimen. Hierhin haben sich in der Vergangenheit auch Betroffene aus den GVS gewendet, allerdings ist man dort nicht auf das Thema spezialisiert und konnte keine adäquate Beratung durchführen. Der Verein Bürgerkomitee Leipzig e. V., Träger der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, bietet Beratungen für Menschen an, die Opfer politischer Verfolgung in der SBZ und DDR wurden und informiert über Rehabilitierungsmöglichkeiten. Hier gibt es ebenfalls keine Spezialisierung auf das Thema GVS. Daher sehen wir den dringenden Bedarf eines spezialisierten Beratungsangebotes.

Ein zukünftiges Beratungsangebot soll monatlich in Leipzig stattfinden. Da das Angebot für Betroffene in der gesamten ehemaligen DDR gelten soll, sind sowohl Vor-Ort- als auch Online-Sprechstunden nötig. In welchem Umfang das Programm umgesetzt werden wird, ist noch offen. Es wäre sowohl denkbar, eine feste halbe Stelle innerhalb unseres Vereins zu schaffen, als auch Beratungen von Expert:innen auf Honorarbasis oder freiberuflich anzubieten. Falls möglich, könnte eine bereits bestehende Beratungsstelle, die sich mit der Rehabilitierung von DDR-Unrecht beschäftigt, die Sprechstunden übernehmen. Das setzt allerdings eine Spezialisierung auf das Thema der Geschlossenen Venerologischen Stationen voraus. Die beratende Person/beratenden Personen müssen sowohl über beraterische als auch über historische Kenntnisse verfügen. Eine entsprechende historische Fortbildung kann durch unseren Verein erfolgen.

Die Initiative wird das Beratungsangebot breit bewerben, um auch Betroffene außerhalb Leipzigs zu erreichen. Zudem möchte die Initiative als eine Netzwerkstelle fungieren, um andere Beratungsstellen auf das Thema aufmerksam zu machen, damit diese Betroffene auf unser spezialisiertes Angebot verweisen können. Perspektivisch soll das Beratungsangebot auch für Betroffene des Heims für soziale Betreuung bzw. des Sonderheims für Soziale Betreuung und der Außenstelle der Psychiatrie Leipzig-Dösen ausgeweitet werden. Das setzt voraus, dass der Bedarf für ein solches Beratungsangebot besteht.⁶¹ Zum aktuellen Zeitpunkt können wir diesen noch nicht einschätzen. Ein Bedarf für die beiden spezialisierten Angebote

⁶¹ In Leipzig existieren verschiedene Stellen, die psychiatrische und psychosoziale Beratung für Personen anbieten. Allerdings liegt der Fokus dieser Träger fast ausschließlich auf Problemen der Gegenwart. Der Gutshof Stötteritz e.V. als freier Träger der Eingliederungshilfe bietet Menschen mit psychischen Erkrankungen Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten an. Die Einrichtung befindet sich 1,7 km vom Areal der Riebeckstraße 63 entfernt. Homepage: <https://www.gutshof-stoetteritz.de/>, zuletzt eingesehen: 25.06.2025.

muss also über die nächsten Jahre evaluiert werden. In Bezug auf Psychiatrie-Betroffene gibt es bereits verschiedene Anlaufstellen innerhalb der Stadt. Denkbar wäre daher auch, keine eigene Beratungsstelle zu etablieren, sondern auf bereits existierende Stellen zu verweisen und Informationsmaterial zu diesen Stellen bereitzulegen.

12. Nutzungs- und Betreiberkonzept

Trägerschaft und Organisation

Der Gedenkort befindet sich in Trägerschaft des Riebeckstraße 63 e. V. Der Vereinsvorstand übernimmt die Personalverantwortung und stellt die hauptamtlichen Mitarbeiter:innen ein. Er kontrolliert zudem die Haushalts- und Wirtschaftsführung. Vorstand und Vereinsmitglieder unterstützen die Hauptamtlichen auf ehrenamtlicher Basis bei der Umsetzung ihrer Aufgaben. Gemeinsam legen sie die strategische Ausrichtung des Gedenkortes fest.

Im Rahmen der Errichtung der Gedenkstätte beabsichtigen wir die Gründung eines wissenschaftlichen Beirats, der fachliche Expertise und Unterstützung bietet, um die wissenschaftliche Fundierung und die Qualität der Arbeit sicherzustellen.

Betreiberkonzept

Um einen stetigen und zukunftsorientierten Betrieb der Gedenkstätte zu gewährleisten, sind langfristig mehrere Stellen in Teilzeit bzw. Vollzeit zu schaffen. Es braucht Personal für verschiedene Aufgabenbereiche wie Geschäftsführung, wissenschaftliche und pädagogische Arbeit sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Die Stadt Leipzig bzw. der SEB als Träger des Geländes ermöglichen dem Verein eine mietfreie Nutzung des ehemaligen Pförtnerhauses mindestens bis 2033. Die Stadt Leipzig, genauer das Gesundheitsamt, übernimmt außerdem laufende Nebenkosten für die Räumlichkeiten des Gedenkorts. In die langfristige Finanzierung soll die Stadt Leipzig noch stärker einbezogen werden. Da es sich bei den

Institutionen auf dem Gelände der Riebeckstraße 63 um städtische Einrichtungen handelte, sollte die Stadt hier ihrer historischen Verantwortung nachkommen.

Wir streben so bald wie möglich eine institutionelle Förderung durch die StSG nach Antragstellung und Erfüllung der Förderkriterien an. Eines unserer Ziele ist daher die Aufnahme in das Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz. Außerdem beantragen wir fortlaufend projektbezogene Gelder bei lokalen, regionalen, bundesweiten oder europäischen Fördermittelgebern. Dies ermöglicht die Schaffung projektbezogener Stellen und die Finanzierung von Honoraren sowie ggf. Fahrt- und Unterbringungskosten für Referent:innen zusätzlicher Veranstaltungen und pädagogischer Angebote. Für das geplante Beratungsangebot könnte neben der Kulturförderung auch eine Kooperation mit dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales in Betracht gezogen werden.

Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Zeitschichten ist das große Potential des Erinnerungsortes, stellt aber zugleich eine besondere Herausforderung für die zukünftige Vermittlungsarbeit dar. Aufgrund dieser Herausforderung besteht ein höherer personeller Bedarf, der bei der Etablierung einer Gedenkstätte berücksichtigt werden sollte.

Die Aufgaben der hauptamtlichen Mitarbeiter:innen

Der laufende Betrieb der Gedenkstätte soll durch eine feste Anzahl an hauptamtlichen Mitarbeiter:innen sichergestellt werden. Für die Koordination und Verwaltung aller internen Abläufe ist eine Geschäftsführung eingeplant. Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen sind für Archiv und Sammlung, für die Entwicklung einer Dauerausstellung bzw. Sonderausstellung sowie für Veranstaltungen und Publikationen zuständig. Pädagogische Mitarbeiter:innen erweitern das pädagogische Angebot, bauen Kooperationen mit Bildungsträger:innen auf und begleiten Gruppen und Einzelpersonen bei Besuchen. Sie werden bei ihren Aufgaben durch ehrenamtliche Mitarbeiter:innen und Praktikant:innen unterstützt. Um über die Arbeit und Angebote der Initiative zu informieren und Veranstaltungen zu bewerben, braucht es zudem Öffentlichkeitsarbeit. Die genaue Aufgabenverteilung für die einzelnen Bereiche wird im Folgenden ausgeführt.

Leitende Aufgaben

Als leitende Aufgaben fallen neben der allgemeinen Verwaltung der Gedenkstätte auch das Verwaltungs- und Personalmanagement an. Darüber hinaus werden Fördermittelakquise und Aufbau sowie die Koordination eines Beratungsangebotes für

Betroffene der geschlossenen Venerologischen Station als weitere Tätigkeiten hinzukommen. In Zusammenarbeit mit den anderen festangestellten Mitarbeiter:innen wird über das Budget- und Ressourcenmanagement sowie die strategische Planung des jährlichen Betriebs der Gedenkstätte entschieden.

Wissenschaftliche Arbeit

Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen übernehmen den Arbeitsschwerpunkt Archiv und Sammlung. Hier sind die Mitarbeiter:innen für die Leitung, Planung, Durchführung und Überwachung aller Tätigkeiten zuständig, die mit der Erschließung von Beständen, dem Erwerb von Archivmaterialien, der Erweiterung der Archivbestände sowie der Pflege und fortlaufenden Aktualisierung einer entsprechenden Datenbank verbunden sind. Die Personen unterstützen und beraten Archivnutzer:innen und stehen für die Bearbeitung von Anfragen per Telefon und E-Mail bereit. Zusätzlich sind sie für die Bereitstellung von Archivmaterial für Ausstellungen und Projekte von Dritten verantwortlich. Darüber hinaus sollen sie an der Entwicklung einer Schriftenreihe mitarbeiten und die Vorbereitungen für Veranstaltungen und Tagungen übernehmen.

Pädagogische Arbeit

Pädagogische Mitarbeiter:innen übernehmen die Weiterentwicklung des pädagogischen Angebots. Dieses soll in regelmäßigen Abständen evaluiert und an neue Forschungserkenntnisse angepasst werden. Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Netzwerkarbeit mit lokalen und überregionalen Bildungsträgern. Aus dieser Netzwerkarbeit sollen langfristige Kooperationen mit verschiedenen Bildungseinrichtungen entstehen.

Weiterhin sind die pädagogischen Mitarbeiter:innen für die besuchenden Gruppen zuständig. Sie führen diese durch die Ausstellung und bieten pädagogische Angebote wie Workshops, Projekte, etc. an. Zusätzliche Aufgaben sind auch die Koordination von freien Mitarbeiter:innen im Bereich der Pädagogik. So werden deren Aus- und Weiterbildung innerhalb der Gedenkstätte übernommen. Auch die Verantwortlichkeit für Praktikant:innen sowie ggf. Personen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) oder Bundesfreiwilligendienst (BFD) befinden sich im Aufgabenbereich der pädagogischen Mitarbeiter:innen.

Öffentlichkeitsarbeit

Mitarbeiter:innen der Gedenkstätte sind für den öffentlichen Auftritt zuständig. Dazu gehört die Betreuung der Social-Media-Kanäle sowie der Homepage, öffentliche (Werbe-)Kampagnen und die Entwicklung und Etablierung eines Newsletters. All dies soll die Öffentlichkeit über die Arbeit und die Veranstaltungen der Gedenkstätte informieren.

Freiberufliche Mitarbeiter:innen

Um die Besucher:innen an einem Empfang zu begrüßen und ihnen Hinweise für den Besuch der Gedenkstätte zu geben, braucht es in den regulären Öffnungszeiten Personal, welches diesen Dienst abdeckt. Gleiches gilt für eine eventuelle Aufsicht in den Ausstellungsräumen. Darüber hinaus müssen die Besuchszeiten am Wochenende abgedeckt werden, was nicht ausschließlich durch die pädagogische Mitarbeiter:in zu gewährleisten ist. Zudem soll die Möglichkeit bestehen, im Falle eines hohen Führungsbedarfs auf kompetente und geschulte freie Mitarbeiter:innen zurückgreifen zu können. Für einfachere Tätigkeiten in diesem Bereich streben wir darüber hinaus eine Kooperation mit dem Träger des Geländes Riebeckstraße 63 – dem SEB – an. Es ist explizit gewünscht, dass Personen, die etwa aufgrund von Behinderungen von Ausgrenzung betroffen sind, an den Ort zu holen und sie in die alltägliche Arbeit einzubeziehen. Dabei soll die Entlohnung, wie bei allen anderen freien Mitarbeiter:innen, an tariflichen Löhnen orientiert sein.

Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)/ Bundesfreiwilligendienst (BFD)

Um insbesondere junge Menschen dabei zu unterstützen, erste Erfahrungen im Berufsalltag zu sammeln und einen Einblick in die Arbeit einer Gedenkstätte zu erhalten, wird angestrebt, eine Stelle für ein FSJ oder einen BFD anzubieten. Die Teilnehmenden der Programme können wichtige Erfahrungen in der historischen Bildung sammeln. Durch die Übernahme von praktischen Hilfstätigkeiten werden die Festangestellten unterstützt.

Zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Vernetzung

Durch die diverse Zusammensetzung der Initiative sowie die vielseitige Geschichte des Gedenkortes (vgl. Kapitel 3. Genese der Initiative Riebeckstraße 63) ist eine umfassende zivilgesellschaftliche Verankerung der Gedenkstätte gegeben. Die Arbeit der geplanten hauptamtlichen Stellen soll diese selbstverständlich intensivieren und erweitern. Die Mitglieder der Initiative sind in zahlreichen Netzwerken

innerhalb der Stadt Leipzig und bundesweit aktiv, in denen sie die Belange der Gedenkstätte repräsentieren bzw. in inhaltlichen Austausch treten. Darüber hinaus wollen wir gezielt Studierende, Lehrer:innen und außerschulische Multiplikator:innen unterschiedlicher Fachgebiete ansprechen, um den interdisziplinären Austausch zu fördern. Die Expertise und Vernetzung der Ehren- sowie Hauptamtlichen macht die Einsetzung eines wissenschaftlichen oder gesellschaftlichen Beirats aktuell nicht nötig. Allerdings soll vor Beginn der institutionellen Förderung ein solches Gremium ins Leben gerufen werden.

Besucher:innenpotenzial

Ein erheblicher Teil des Besucher:innenpotenzials entfällt auf Angebote für Schulklassen, regelmäßig stattfindende öffentliche Führungen über das Gelände sowie auf Programme im Rahmen unserer Ausstellung und der von uns präsentierten Sonderausstellungen. Die gute Anbindung des Ortes an den öffentlichen Nahverkehr trägt dazu bei, ihn attraktiv für Leipziger:innen sowie Tourist:innen zu machen. Da die Riebeckstraße 63 als Gedenkort zunehmend auf überregionales Interesse stößt, rechnen wir mit einem stetigen Wachstum der Besucher:innenzahlen. Englischsprachige Informationsflyer, eine englischsprachige Begleitbroschüre zur Ausstellung sowie entsprechend beschriftete Stelen auf dem Außengelände sollen den Zugang für ein internationales Publikum erleichtern.



Abbildung 11: Öffentliche Geländeführung im September 2021 (Sammlung Riebeckstraße 63).

Ausgehend von der Zahl der Besucher:innen, die in den Jahren 2023 (etwa 700) und 2024 (knapp 1.000) Veranstaltungen unserer Initiative besucht haben, rechnen wir bei laufendem Betrieb mit regelmäßigen Ausstellungsöffnungszeiten und ausgebautem pädagogischen Angebot zunächst mit einer jährlichen Zahl von mindestens 3.000 bis 4.500 Besucher:innen. Durch die Verstetigung von Kooperationen sowie eine größere Reichweite steigt diese Tendenz, sodass wir mittelfristig über 5.000 Besucher:innen erwarten.

Finanzieller Gesamtbedarf

Um den Betrieb der Gedenkstätte zu gewährleisten, ist eine kontinuierliche Grundfinanzierung erforderlich, die durch die Mittel der Stadt und des Landes gedeckt werden soll. Zusätzlich werden wir Bundes- sowie Projektmittel einwerben.

Anlage: Meilensteine für die Einrichtung eines aktiven Erinnerungsortes

2025 bis 2027

- Schaffung weiterer Projektstellen.
- Ausbau von Kooperationen mit schulischen und außerschulischen Bildungsträgern.
- Ausarbeitung von Rundgängen mit thematischen Schwerpunkten
- Schwerpunkt-recherchen und Auswertung von Forschungsergebnissen (Recherche-phase zur Baugeschichte vorläufig abschließen, Recherche von Biografien aus Kaiserreich und Weimarer Republik, Geschichte des „Sonderheims“).
- Entwicklung eines konservatorischen Konzeptes für Archiv und Sammlung.
- Austausch zu Beratungsangeboten mit anderen bereits bestehenden Beratungsstellen, die sich mit der Rehabilitierung von DDR-Unrecht beschäftigen und Etablierung des Beratungsangebots.
- Schaffung zweier Teilzeit-Projektstellen zur Erweiterung des digitalen Angebots und der Generierung weiteren digitalen/audiovisuellen Outputs.
- Aufbau eines Zeitzeug:innen Archivs
- Durchführung einer Tagung zum Thema „Demokratiebildung an historischen Lernorten“ in Kooperation mit der Geschichts-didaktik der Universität Leipzig
- Publikation der Tagungsergebnisse.
- Erweiterung von Sammlung, Archiv und Bibliothek durch gezielte Aufrufe und Anfragen.
- Foto- und Videodokumentation der baulichen Substanz des Areals.
- Entwicklung eines Konzeptes für das Beratungsangebot.

- Entwicklung eines Konzeptes, um (internationale) Tourist:innen anzuziehen.
- Erweiterung des Bewerbungskonzeptes der Gedenkstätte (Beschilderung im Stadtteil, Diversifizierung des Flyerangebots).
- Outreach und Kooperationen mit Einrichtungen im Viertel und in Leipzig, die sich aktuell den Themen widmen, die wir aus historischer Perspektive thematisieren (Obdachlosenhilfe, Frauenhäuser) Entwicklung eines Peer-to-Peer Bildungsformats.
- Planung und denkmalgerechte Umsetzung eines Witterungsschutzes für bauliche Spuren der Nutzung als Arbeitsanstalt.

2028 bis 2030

- Projekt zur Weiterentwicklung der Werkstattausstellung zu einer Dauerausstellung.
- Schaffung weiterer Stellen.
- Erarbeitung eines Projektantrag „Aktion Mensch“ zur Realisierung diversifizierter, barrierearmer Zugänge, mit unterschiedlichen Zielgruppen.
- Entwicklung einer Schriftenreihe.
- Planung und Realisierung eines Dokumentarfilms zur Geschichte der Arbeitsanstalt.
- Planung/Einrichtung neuer Räumlichkeiten.
- Forschungs- und Vermittlungsprojekte zur Verflechtung der Kategorie Geschlecht mit der Geschichte der Riebeckstraße 63.
- Erweiterung der Digitalisierung von Sammlung und Ausstellung.
- Entwicklung und Launch einer barrierearmen Homepage.
- Etablierung eines wissenschaftlichen Beirats.
- Aktualisierung des Gedenkstättenkonzepts.

Ab 2031

- Ausschreibung eines Wettbewerbs zur künstlerischen Gestaltung eines Gedenkzeichens/Denkmals auf dem Areal der Riebeckstraße 63.
- Durchführung einer internationalen Tagung zum Thema Arbeitshäuser im internationalen Vergleich.
- Schaffung weiterer Stellen.